

mo #15

MAGAZIN FÜR MENSCHENRECHTE



ANGEFÜTTERT

Franz Fiedler warnt

AUSGEFÜTTERT

Salzburg und seine Festspiele

ELIAS BIERDEL

Sizilianische Posse



Magazin für Menschenrechte 2/2009, Herausgeberin: SOS Mitmensch, Postfach 220, A-1070 Wien, www.moment.at

KORRUPTION IN ÖSTERREICH

...UND WAS FÜRS SCHWEINDERL





KUNSTAUKTION 2009

zugunsten von SOS MITMENSCH

VIELEN DANK an alle KünstlerInnen, KuratorInnen, MitarbeiterInnen, SponsorInnen und allen anderen, die zum Erfolg der Kunstauktion beigetragen haben.

Anderwald + Leonhard Grond Ruth, Andraschek Iris, Artaker Anna, Baumann Thomas, Bitter Sabine & Weber Helmut, Blum Pirmin, Bolt Catrin, Brandl Herbert, Broggi Amina, Brus Günter, Ceeh Anna, Cella Bernhard, Cibulka Heinz, Dejanoff Plamen, Damisch Gunter, Dreux Beatrice, Ederer Silvia, Eisenberger Christian, Erjautz Manfred, Farassat Sissi, Feuerstein Thomas, Flora Paul, Frauenschuh Georg, G.R.A.M., Gangl Sonja, Gankovska Vasilena, Gansterer Nikolaus, Goeschl Roland, Goldgruber Michael, Graschopf Birgit, Greber Marianne, Grübl Manfred, Güres Nilbar, Haring Marlene, Heider Caroline, Hirte Benjamin, Hoeck Richard, Holub Barbara, Hoppert Eva, Huber Dieter, Hübner Ursula, Hutzinger Christian, Jasmin Nicolas, Jelinek Robert, Jermolaewa Anna, Kampl Gudrun, Kapfer Franz, Kar Irene, Khoroshilova Anastasia, Kodritsch Ronald, Kogler Peter, Krawagna Suse, Lecomte Tatiana, Leimer Sonia, Lienbacher Ulrike, Manfredi Anja, Marx Bele & Mussard Gilles, Michlmayr Michael, Milunovic Michael, Neuwirth Flora, Oberdanner Annelies, Oberhuber Oswald, Oberthaler Nick, B. Ona, Otte Hanns, Payer Edith, Payer Micha & Gabriel Martin, Pichler Walter, Pils Tobias, Plank Claudia & Poschauko Hans Werner, Plavcak Katrin, Pleschberger Birgit, Prachensky Markus, Pressl Wendelin, Ressi Andrea, Schirmer Christoph, Schmögner Walter, Schnur Martin, Semotan Elfie, Springer Nina Rike, Strobl Ingeborg, Trumler Gerhard, Vopava Walter, Witek Anita, Zitko Otto, Zogmayer Leo



ORF



RADIO
ÖSTERREICH 1

Ö1 DER FESTSPIELESENDER
OE1.ORF.AT DAS FESTSPIELNETZ



DYNAMOWIEN | Foto: Österreich Werbung | Popp Hackner

Die Presse

NOVOMATIC
GROUP OF COMPANIES



Freunderwirtschaft, Schlawinertum - in Österreich gibt es viele Begriffe dafür, was anderswo schlicht Korruption heißt.
Bild: Bernhard Kummer

Liebe Leserin Lieber Leser

Wieso Korruption als Thema einer Menschenrechtszeitung? Ganz einfach: weil Korruption nicht nur einen strafrechtlichen Tatbestand darstellt, sondern auch auf ein demokratiepolitisches Problem hinweist. Korruption ist ein Delikt der Mächtigen, heißt es in Hans-Martin Tillacks aktuellem Buch „Die korrupte Republik“. So schlimm, wie der marktschreierische Titel (dieser deutschen Publikation) klingt, dürfte es um Österreich nicht stehen. Franz Fiedler, Präsident von Transparency International Österreich, erklärt im Interview, dass oft auch Bewusstsein fehlt. Wo im Fall ost-europäischer Länder von Korruption gesprochen wird, sähe man hierzulande einfach nur Schlawinertum. Wie Politik und Wirtschaft kulturelle Ereignisse zum Marktplatz für sichere Aufträge umgedeutet haben, beleuchtet der Beitrag über die Salzburger Festspiele. Wenn es um Korruption geht, muss es aber gar nicht um große Summen gehen. Korruption setzt – als Frage individueller Ethik – schon sehr früh ein: Wie verhalten sich JournalistInnen, die aufgrund ihrer Pressekarte bei den ÖBB Zweite Klasse zahlen, aber Erste Klasse fahren dürfen? Hier stellt sich auch die Frage: Wo bleibt das „Upgrade“ der Supermarkt-Kassiererin? Oder gibt es keines, weil sich Unternehmen wie die ÖBB einfach keinen Vorteil von der Supermarkt-Kassiererin erhoffen? Wir haben zu fünf gesellschaftspolitisch besonders heiklen Feldern von Gesundheit bis zur Praxis der Staatsanwaltschaft ExpertInnen um einen Kommentar gebeten. Um Grau- und Grenzbereiche anderer Art geht es auch im Interview mit Elias Bierdel: ehemals Geschäftsführer der Hilfsorganisation Cap Anamur, hat er mit seiner Schiffscrew 37 in Seenot geratene Flüchtlinge gerettet. Das brachte ihn als Schlepper in Sizilien vor Gericht. Im Interview erzählt er über den jahrelangen Gerichtsprozess.

Spannende Momente wünscht
Gunnar Landsgeßel

IMPRESSUM

MO REDAKTION: c/o SOS

Mitmensch, Zollergasse 15, 1070
Wien, T +43 1 524 99 00, F +43 1
524 99 00 - 9, redaktion@momagazin.
at, www.momagazin.at

REDAKTION:

Gunnar Landsgesell (Chefredakteur;
gun), Bernhard Kummer (Bilder),
Petja Dimitrova (Illustrationen),
Philipp Sonderegger (phs), Karin
Wasner (Bilder), Sabine Zhang

AUTORINNEN DIESER AUSGABE:

Andreas Bachmann, Gerfried
Balzer, Andrea Fried, Oliver Grimm,
Simon Kravagna, Cathren Müller,
Maria Rauch-Kallat, Martin Schenk,
Michael Schmid, Maria Sterkl,
Herwig Sturm, Martin Wassermair,
Michael Weiß.

PROJEKTLEITUNG: Sabine Zhang

COVERBILD: Karin Wasner

POSTER: Elvier Kühlraum

LEKTORAT: Jörg Schiffauer

PRODUKTION:

Andreas Ungerböck, Mitko Javritchev,
factory 29 ltd., Mariahilferstr. 76/3/31,
1070 Wien, T +43 1 920 20 08-0,
mail@faq-magazine.com

GRAFIK: Mitko Javritchev,

Christina Leyerer

DRUCK: Ferdinand Berger & Söhne GmbH, Wiener Straße 80, 3580 Horn

ANZEIGEN: Irene Holloway, irene.holloway@sosmitmensch.at

T +43 1 524 99 00 - 17,

ABOS: Sabine Zhang,

abo@momagazin.at

T +43 1 524 99 00 - 66

VERTRIEB:

Die Furche (18.000 Stück),
KolporteurInnen (15.000 Stück),
freie Verteilung (20.000 Stück)

AUFLAGE: 53.000

HERAUSGEBERIN:

SOS Mitmensch, Postfach 220,
1070 Wien, T +43 1 524 99 00,

F +43 1 524 99 00 - 9,

office@sosmitmensch.at

http://www.sosmitmensch.at,

ZVR: 22747570

SPENDEN: PSK 60000

Kto 91.000,590

OFFENLEGUNG: MO ist das

Medium von SOS Mitmensch gegen
Rassismus und Diskriminierung, für
Menschenrechte, Demokratie und
Migration. Der Nachdruck der Beiträge
ist bei Nennung der Quelle und Über-
sendung von Belegexemplaren aus-
drücklich erwünscht, wenn das Copy-
right nicht ausgewiesen ist. Die Rechte
der Fotografien liegen bei den Urheber-
Innen. Falls kein/e UrheberIn ausge-
wiesen ist: SOS Mitmensch.



10 VERBOHRT

Der Kampf gegen Korruption ist wie das Bohren harter Bretter. Franz Fiedler ortet mangelndes Verständnis in Österreich darüber, wo Korruption beginnt.



16 SCHNÜRLREGEN

Vom Supergau für die Salzburger Festspiele war die Rede. Weil ein neues Anti-Korruptions-Gesetz teure Einladungen an die Politik verboten hat.

Einstieg

3 EDITORIAL

4 INHALTSVERZEICHNIS

6 REAKTIONEN

8 HANDLUNGSBEDARF

Wann kommt der Presserat neu?

9 HANDLUNGSBEDARF

Stoppt den naiven moralischen
Anti-Rassismus.

Dossier

10 SCHLAWINER-MENTALITÄT

Franz Fiedler, Präsident von
Transparency International in Österreich,
empfiehlt BeamtInnen bei Einladungen, im
Zweifelsfall lieber zu Hause zu bleiben.

Interview: Simon Kravagna

16 STRAFFREI BEI „JEDERMANN“

Die Salzburger Festspiele wehren sich
erfolgreich gegen schärfere
Korruptionsbestimmungen.

Text: Martin Wassermair

20 KORRUPTIONS-ALARM

ExpertInnen kommentieren fünf sensible
Bereiche von der Staatsanwaltschaft bis zum
Zeitungsverlag, in denen fallweise Geld oder
die eigene Ethik auf dem Spiel steht.

Kommentare: Gerfried Balzer, Andrea Fried,
Michael Schmid

23 STEUER-OASEN

Ein falscher Begriff für eine anti-soziale Idee,
findet Bischof Herwig Sturm.

25 EIN SCHEIN, DER TRÜGT

Warum ich einen Presseausweis verweigere.
Kommentar: Oliver Grimm

28 POSTER





32 BIERDEL, EIN PRÄZEDENZFALL

Kein Kapitän soll sich noch einmal trauen, Flüchtlinge aus dem Mittelmeer zu fischen. Deshalb wird am Menschenrechtsaktivisten Elias Bierdel ein sonderbares, gerichtliches Exempel statuiert.

22 STAATSANWÄLTE

Wenn sie ein Verfahren leise einstellen, ist zuweilen nicht klar, warum. Fehlt die Kontrolle?

Welt

31 WELT-NEWS

Studie räumt mit Festung Europa auf.

32 VERFAHREN OHNE ENDE

Mit dem Hilfsschiff Cap Anamur hat Elias Bierdel 37 in Seenot geratene Flüchtlinge gerettet. Das war im Februar 2004. Seither läuft ein bizarrer Prozess wegen Schlepperei gegen den Menschenrechtsaktivisten.

Interview: Maria Sterkl

Rubriken

37 NGO-NEWS

AI: institutioneller Rassismus im Visier

38 NEUES VON DER BOCK

Frau Bock freut sich über gnädige Beamte.
Text: Andreas Bachmann

39 POPULÄRKULTUR

Buch, Film, Internet.
2x5 Dinge von Philipp Sonderegger

41 POPULÄR GESEHEN

Kuscheln mit Schoko. Über die neue Innerlichkeit.
Kolumne von Martin Schenk

43 SPOTLIGHT

Mathias Vogl, ein politisch aktiver Sektionschef im Innenministerium.
Text: Gerfried Balzer

45 SOS MITMENSCH

Was wurde aus Platters Integrationsplattform?

46 ANDERE ÜBER...

Maria Rauch-Kallat fordert Quote gegen das Patriarchat.



Wo wurde diese Ausgabe von MO gesehen?

Schreiben Sie an redaktion@momagazin.at. Zu gewinnen gibt's eine Ausgabe von „Ende einer Rettungsfahrt. Das Flüchtlingsdrama der Cap Anamur“ von Elias Bierdel.

Bild: Bernhard Kummer

Patriarchat

Übers Ziel geschossen

Ich halte die „interkulturellen Vergleiche“ des Interviews der Ausgabe von MO#14 mit der Politik- und Kulturwissenschaftlerin Christine von Braun für interessant, aber auch für skurril. Stimmt schon, durch Vergleiche von üblichen Praktiken – wie die Verschleierung oder auch die Entblätterung von Frauen etwa in der Werbung – wird einem das ganz Selbstverständliche bewusst, „öffnet“ einem die Augen. Aber den Gruppenzwang zur nabelfreien Mode unter jugendlichen Frauen mit von Männern oktroyierten Ordnungen zu vergleichen, schießt übers Ziel hinaus. Genauso wie die Umdeutung des Kopftuches als Symbol

von Freiheit. Das Kopftuch ist niemals Ausdruck von Freiheit. Traurig genug, dass Frauen es benutzen, weil sie sich dann besser vor dem „Zugriff“ von Männern auf der Straße schützen mögen. Mit freundlichen Grüßen, *Werner Leiner, per Email.*

**Zuwanderung
Korrektur**

Hallo, ich habe gerade im „MO 14“ die Ergebnisse eurer Straßenumfrage („Österreich ist schon überfüllt“, S. 36) gelesen und möchte darauf hinweisen, dass eure Antwort bezüglich der Frage „C“ falsch ist. „8.145“ ist die Maximalzahl der quotenpflichtigen Zuwanderung. Der größere Teil der Zuwanderung nach Österreich passiert aber außer-

halb der Quote. Hier geht es vor allem um nahe Angehörige von ÖsterreicherInnen, EWR-BürgerInnen und deren nahe Angehörige. Ein Blick in die Statistik des BMI z. Jahr 2008 ergibt, dass im Vorjahr über 6.500 Erstaufenthaltstitel zur Niederlassung quotenfrei erteilt wurden, dazu kommen noch viele tausend Anmeldebescheinigungen (an EWR-BürgerInnen) und einige hundert Daueraufenthaltskarten (an nahe Angehörige von EWR-BürgerInnen, die selber Drittstaatsangehörige sind). Diese Zahlen muss man also zur quotenpflichtigen Zuwanderung dazurechnen, um ein ungefähres Bild zu bekommen, wie viele Menschen insgesamt zur dauerhaften Niederlassung

zuwandern durften. Spezielle Gruppen, wie etwa Asylberechtigte, sind dabei noch nicht erfasst. P.S.: 2008 wurden übrigens knapp 5.400 quotenpflichtige Erst-Niederlassungstitel erteilt. Die damalige Quote von 8.050 Niederlassungsbewilligungen wurde gar nicht ausgeschöpft. *LG, Georg Atzwanger, Wien*

Stadtpolitik

Netzwerk Machowetz

Sehr geehrte MO-Redaktion, was bitte ist mit der Sozialdemokratie in Wien los, dass sie mit zweifelhaften Unternehmern wie Herrn Machowetz Geschäfte macht? Gibt es keine anderen Security-Unternehmen, die für die EURO engagiert werden konnten, geht es hier wirklich nur um den Tiefstpreis oder handelt es sich hier tatsächlich um ein Netzwerk, das allen Beteiligten Vorteile bringt? *Mit freundlichen Grüßen, Georg Sallinger, Wien*

Performance

MO zum Nachschlagen

Hallo, gibt es eine Möglichkeit für die einzelnen Ausgaben der Menschenrechtsmagazine MO/MENT das Erscheinungsdatum herauszufinden, denn im Heft habe ich nichts dergleichen finden können. Auch auf www.momagazin.at hab ich nichts entdeckt? Das ist im Rückblick, z.B. bezüglich politischer Entwicklungen, ja oft interessant, wann genau ein Artikel veröffentlicht wurde! *Vielen Dank im voraus, Johannes Taimler, Wien*
Sehr geehrter Herr Taimler, danke für den Hinweis, wir werden in Zukunft das genaue Erscheinungsdatum auf der Webseite vermerken.

Wien in guten Händen

Luftreinhaltung, Energieeffizienz und Verantwortung für die Region Wien.

DAS Kerngeschäft der Wiener Stadtwerke und ihrer Unternehmen Wien Energie, Wiener Linien, Wiener Lokalbahnen, Bestattung und Friedhöfe Wien sowie BMG Beteiligungsmanagement deckt ein breites Leistungs- und Kompetenzspektrum ab, das wesentlich zum Funktionieren des Großraums Wien beiträgt. Um der Verantwortung für die Versorgung mit Strom, Gas, Wärme und Bestattungsleistungen und das Wohlergehen der Wiener Bevölkerung sowie für den wirtschaftlichen Erfolg des Unternehmens gerecht zu werden, setzen die Wiener Stadtwerke auf eine verantwortungsbewusste und auf nachhaltige Wertschöpfung ausgerichtete Unternehmensführung.

BEDEUTENDE INVESTOREN

4,2 Milliarden Euro investieren die Wiener Stadtwerke in den kommenden fünf Jahren in Wiens Infrastruktur. Mit diesen kräftigen Impulsen für die Wirtschaft tragen sie erheblich zur Wertschöpfung in der Region Wien bei. Denn damit werden indirekt Arbeitsplätze gesichert und die Kaufkraft der Bevölkerung insgesamt erhöht.

KLIMASCHUTZ-MASSNAHMEN

Strom und Wärme sollten effizient und klimaschonend erzeugt werden. Die Wien Energie setzt dabei auf Erdgas, Abfälle, Biomasse, Wind-, Solar- und Kleinwasserkraft sowie den Ausbau des Fernwärmeanteils. Die Wiener Linien setzen auf Energierückspeisung und energiewirtschaftliche Fahrweise.



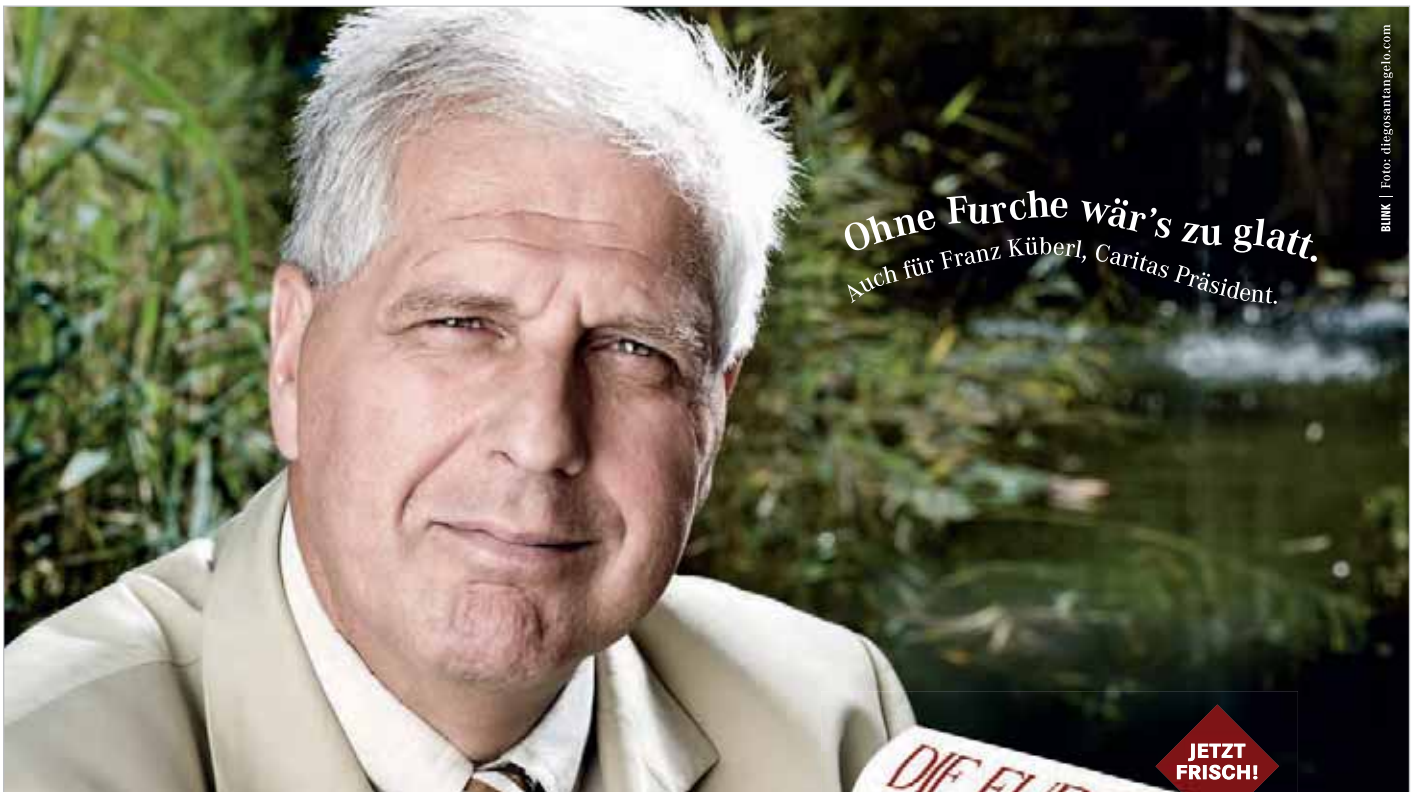
Fordern Sie den Wiener Stadtwerke-Nachhaltigkeitsbericht 2008 kostenlos unter 0800 555 800 an. Bestellung und Download auch unter www.nachhaltigkeit.wienerstadtwerke.at

OHNE AUTO DURCH WIEN

Wien ist in Europa die einzige Metropole, in der mehr Menschen mit öffentlichen Verkehrsmitteln fahren als mit dem privaten Auto. Durch Wien zu fahren, ist mit den Wiener Linien nicht nur bequem, mit den Öffis spart man im Vergleich zum Auto auch Geld und belastet die Umwelt deutlich weniger mit Klimagasen, Feinstaub und Lärm. Und das Schöne daran: das Öffi-Netz in Wien wächst immer weiter.

www.wienerstadtwerke.at

Es lebe die Stadt.



BLINK | Foto: diegosantango.com

Jetzt 6 Wochen gratis lesen:

www.furche.at, furche@furche.at oder Tel.: 01-512 52 61

PRESSERAT

Mediawatch now!

Zivilgesellschaftliche Medienkritik könnte Verlagen und Journalistengewerkschaften helfen, sich auf einen neuen Presserat zu einigen.



Woran scheitern die Versuche ein Organ medialer Selbstkontrolle einzurichten?

Eigentlich hatten die VertreterInnen österreichischer Printmedien für Anfang Jänner den Presserat neu angekündigt. Die Journalistengewerkschaft, der Verband Österreichischer Zeitungen und der Verein der Chefredakteure hatten sich in groben Zügen auf ein Statut geeinigt. Doch dann wurde verjagt, seither herrscht Funkstille. Seit der weitgehend zahnlose Presserat 2002 aufgelöst wurde, gab es immer wieder Versuche, ein Organ zur Selbstkontrolle der Printmedien zu installieren. Die Verhandlungen dürften sich vor allem an der Frage wirksamer Sanktionen bei Verstößen speien. Der Pres-

serat soll aus zwei Beschwerde-Senaten bestehen, die sich mit medienethischen und wirtschaftlichen Fragen befassen. Auch die Unvereinbarkeit der Berichterstattung über Firmen, an denen das jeweilige Printmedium Aktien hält, soll gemäß einer EU-Richtlinie befolgt werden.

Vielleicht könnte ja eine zivilgesellschaftliche Initiative den schleppenden Verhandlungsprozess beschleunigen, so dass Österreich endlich wieder zu einer medialen Selbstkontrolle kommt. Vorstellbar wäre eine Mediawatch-Initiative der BürgerInnen-gesellschaft. Zwar kann so eine Gruppe

wirksame Selbstkontrolle nicht ersetzen, vor allem, weil Sanktionsmöglichkeiten fehlen. Allerdings könnten qualifizierte Verurteilungen ethischer Verstöße von außen Handlungsdruck auf die beteiligten Verbände erzeugen. Auch wenn anzunehmen ist, dass die Leute vom Print lieber ihre eigenen Standards festlegen, als sich von außen welche aufdrängen zu lassen: Aufgrund der Erfahrungen des „Presserates alt“ wäre eine zivilgesellschaftliche Mediawatch-Initiative auch nach der Konstituierung des neuen eine sinnvolle Ergänzung. *phs*

RASSISMUS

Ablenkungsmanöver

Wie die Offiziellen Österreichs mithelfen können, einen naiven moralischen Antirassismus zu überwinden.

„Auch in Österreich haben wir wie in allen anderen Ländern der Welt ein Problem mit Rassismus.“ Haben Sie diesen oder einen ähnlichen Satz jemals aus dem Munde eines Kanzlers oder von MinisterInnen gehört? Nein. Österreichs Offizielle beziehen sich meist nur dann auf das böse R-Wort, wenn es darum geht, „unqualifizierte Angriffe gegen die Polizei“ abzuwehren. So muss das Thema auch nicht diskutiert werden. Als der US-amerikanische Pädagoge Mike Brennan – „aufgrund seiner Hautfarbe“ mit einem

Drogendealer verwechselt – von Beamten zwecks Identitätsfeststellung von hinten zu Boden gebracht wurde, lenkte Wiens Polizeipräsident Gerhard Pürstel rasch ab: „Ich lasse mir die Polizei nicht schlecht reden.“ Innenministerin Maria Fekter ging gleich auf Tauchstation.

Wie aber soll ein Problem bekämpft werden, das nicht einmal als Defizit benannt wird? Solange rassistische Übergriffe als singuläre und ursachenlose Ereignisse begriffen werden, kann das Problem nicht an der

Wurzel gepackt werden. PolizistInnen sind keine besseren oder schlechteren Menschen als der Rest der Bevölkerung. Eine systematische Auseinandersetzung mit diskriminierenden Handlungen und Strukturen ist notwendig – auch in der Polizei. Sonst bleiben wir in einem naiven moralischen Anti-Rassismus stecken, der mehr die individuelle Schuldzuweisung (vorzugsweise bei anderen) als die Veränderung der Zustände im Schilde führt. *phs*

DIE GUTE EU

Italiens neuer Kurs

Die EU-Kommission könnte gegen Italien ein Vertragsverletzungsverfahren einleiten, weil dieses Boat-People nicht mehr anlegen lässt.

„Italien ist kein multi-ethnisches Land.“ erläuterte Ministerpräsident Silvio Berlusconi die letzte Volte seiner Regierungskoalition. Im Doppelpass mit Lega Nord-Innenminister Roberto Maroni brachte der *Cavaliere* eine Reihe von massiven Verschärfungen der Asylpolitik durch den Senat: Illegale Einwanderung wurde zur Straftat erklärt. Asylsuchende sehen sich deswegen mangels legaler Einreise-Alternative mit Haft- und Geldstrafen bedroht. Aber nicht nur die Clandestini selbst rückt Italiens Regierung ins Visier der Strafverfolgung. Wer seine Dienstleistung (auch unwissentlich) einer Person ohne rechtmäßigen Aufenthalt anbietet, kann dafür bis zu drei Jahre ins Gefängnis gesperrt werden. Kein Zufall, dass Bürgerwehren nun auch formell erlaubt sind. Wenn künftig für jeden geschäftlichen Abschluss eine Aufenthaltsprüfung des Vertragspartners notwendig ist, gleicht bald das ganze Land einer Bürgerwehr.



Einer geht noch: Berlusconi setzt neue Menschenrechtsverstöße durch.

Boat-People will Berlusconi erst gar nicht mehr auf das Festland lassen, sondern postwendend nach Libyen bringen lassen. Ohne Zugang zum Asylverfahren und ohne Rücksicht auf ihr eigentliches Herkunftsland. Diese Maßnahme stellt einen klaren Bruch der Genfer Flüchtlingskonvention dar und ist ein Verstoß gegen geltendes EU-Recht. Dementsprechend scharf reagierten auch das UN-Flüchtlingshochkommissariat UNHCR und der Vatikan. Auch Staatspräsident Giorgio Napolitano warnte die Regierung am Donnerstag vor „fremdenfeindlicher Rhetorik“. Berlusconi blieb freilich unbeeindruckt.

Dies könnte sich ändern, würde die EU ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Italien einleiten. Artikel 226 des EU-Vertrages besagt, dass die EU-Kommission gegen einen Mitgliedsstaat, der gegen europarechtliche Bestimmungen verstößt, solch ein Verfahren einleiten kann. Der Staat muss dann einen vertragskonformen Zustand herstellen. Kommt er dieser Aufforderung nicht nach, kann die EU-Kommission den Mitgliedsstaat beim Europäischen Gerichtshof klagen. Das dauert zwar lange, kann aber mit empfindlichen Strafen in Milliardenhöhe enden. *phs*

Korruption: In Österreich noch Bewusstseinsarbeit nötig.

IM GOLFklub VERLIERT MAN DIE BEISSHEM- MUNG

Ab wann beginnt es in der Bussi-Bussi-Gesellschaft nach Korruption zu stinken? Wer darf noch wen zu den Salzburger Festspielen einladen? Und warum haben wir so eine Schlawiner-Mentalität? Franz Fiedler, Präsident des Beirats von Transparency International Österreich, über Korruption.

Interview: Simon Kravagna, Bilder: Bernhard Kummer

Herr Fiedler, fangen wir beim Thema Korruption mal ganz klein an. Journalisten bekommen auf Wunsch von der ÖBB eine so genannte „Presse-Karte“. Damit zahlen sie dann 2. Klasse, dürfen aber in der 1. Klasse fahren. Bestechung?

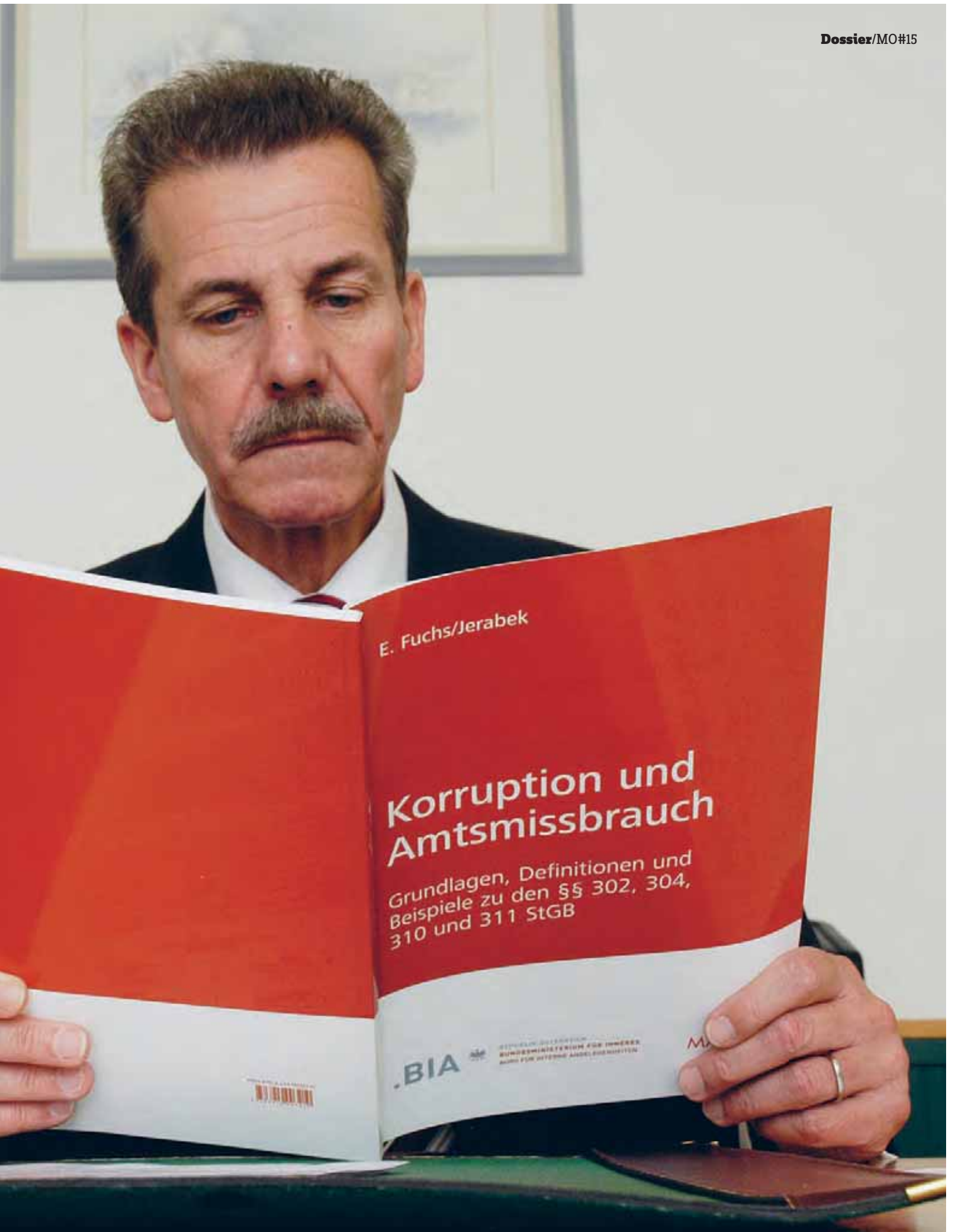
Franz Fiedler: Strafrechtlich ist das sicher nicht relevant. Und die ÖBB kommen in der Regel in den Medien nicht gerade großartig weg. Also selbst wenn so etwas die Absicht wäre, was ich in diesem Fall nicht annehme, verfehlt dies offenbar jede Wirkung.

Ich denke mir, dass ist eher eine Art PR-Aktion der ÖBB.

Ich frage deshalb, weil Journalisten gerne anderen auf die Finger schauen, aber auch nicht immer ihre Rolle hinterfragen. So ist es etwa durchaus üblich, auf Kosten eines Ministeriums einen Minister ins Ausland zu begleiten und dann darüber zu berichten.

Also auch bei der Art der Berichterstattung der Medien über die Auslandsreisen der Politiker habe ich nicht den Eindruck, dass die-





ZUR PERSON

Franz Fiedler

Geboren 1944 in Wien. Nach einem Jus-Studium ab 1973 für die Staatsanwaltschaft in Wien tätig. Anfang der 1980er Jahre Sekretär des Parlamentsklub der ÖVP. Ab 1992 für 12 Jahre Rechnungshof-Präsident. Heute: Präsident von Transparency International in Österreich.



se besonders gut wegkommen. Auch hier würde ich sagen, dass Journalisten sich resistent gegenüber solchen Praktiken zeigen. Mit Ausnahmen eines Graubereichs im Motorsportjournalismus sehe ich hier keinen Grund zur Kritik.

Gut, wenn Sie sagen, dass bei den Medien alles in Ordnung ist, kann ich mich beruhigt den Verfehlungen in Staat und Wirtschaft zuwenden. Wo sehen Sie hier das Problem?

Die Debatte über die Verschärfung des Anti-Korruptionsgesetzes zeigt, dass es in Österreich noch ein unausgereiftes Verständnis von Korruption gibt. Bei uns glauben noch viele, es wird erst dann problematisch, wenn jemand bestochen wird. Aber schon ein Naheverhältnis kann eine Befangenheit mit sich bringen, die bedenklich ist. Wer als Beamter in einer Jagdgesellschaft oder im Golfklub regelmäßig mit Leuten zu tun hat, mit denen er potenziell dienstlich zu tun hat, der verliert die Beißhemmung.

In Österreich gehört es eigentlich zum guten Ton, sich gesellschaftlich blicken zu lassen, bei Großevents vorbei zu schauen und sich nicht daheim zu verstecken.

Gut möglich, aber als Beamter muss ich mich fragen, warum bin ich eingeladen? Weil ich ein persönlicher Freund bin oder weil sich hier jemand Vorteile erwartet? Im Zweifelsfall soll man lieber zu Hause bleiben. Es geht darum, in keine Abhängigkeit zu schlittern, auch emotional nicht und das

„IN ÖSTERREICH HAT MAN NOCH NICHT GANZ VERSTANDEN WURUM ES GEHT.“

ist der Fall, wenn man sich näher kennen lernt.

Für unsere Leser: Wozu darf ich als Staatsbürger jetzt noch einen Beamten einladen oder was darf ich ihm schenken, bevor es für beide kritisch wird?

Seit 2008 ist jedes Geschenk im Zusammenhang mit einer Amtshandlung unter-

sagt. Und zwar auch dann, wenn die Amtshandlung pflichtgemäß erledigt wurde. Also wenn sie die Baugenehmigung erhalten haben, dann sollten Sie sich nicht mehr mit ein paar Flaschen Wein revanchieren, auch wenn alles rechtens zugegangen ist. Darüber hinaus sind ab einem Wert von 100 Euro aber auch Geschenke beziehungsweise Einladungen untersagt, wenn diese in gar keinem Zusammenhang mit einer Amtshandlung stehen. Also es ist jetzt beispielsweise nicht mehr möglich, dass Firmen ganze Abteilungen von Ministerien zu den Salzburger Festspielen einladen. Dies gilt übrigens



Früher wurden ganze Abteilungen von Ministerien nach Salzburg eingeladen.

nicht nur für Beamte, sondern auch für Unternehmen mit einem öffentlichen Auftrag – also etwa den ORF.

Also darf auch ein Herr Oberhauser nicht zu den Festspielen eingeladen werden?

Richtig. Außer der Wert dieser Einladung liegt unter 100 Euro. Aber das wäre dann dort ein eher schlechter Platz.

Hier gab es ja heftige Kritik von Seiten der Kulturveranstalter. Laut Festspiel-Präsidentin Rabl-Stadler ist das Anti-Korruptions-Gesetz „ein schwerer Schlag gegen

das Kultur-Sponsoring von Reichenau bis Salzburg“.

Ja, richtig und im Hintergrund wird schon an einer Entschärfung des Gesetzes gearbeitet. Mich verwundert diese Diskussion. Erstens habe ich immer gedacht, dass die Festspiele so überlaufen sind, dass man ja ohnehin kaum Karten bekommt. Und jetzt soll ausgerechnet das Anti-Korruptions-Gesetz diesem Großereignis etwas anhaben können? Zweitens bin ich verwundert, wie schnell von der Politik versucht wird, dieser Kritik Rechnung zu tragen. Bereits im Sommer soll ein Entwurf für eine Novellierung

TRANSPARENCY INTERNATIONAL

TI Österreich warnt vor der geplanten Aufweichung des Anti-Korruptions-Gesetzes.

Transparency International tritt als unabhängiger Verein weltweit gegen Korruption ein. Die von Justizministerin Claudia Bandion-Ortner Anfang Juni vorgelegte Reform des Korruptionsstrafrechts kritisiert TI Österreich: Es würde eine Aufweichung des Kampfes gegen Korruption bringen, u.a. eine – von der Wirtschaft seit 2008 vehement geforderte – Entschärfung der Geschenksannahme-Regelungen für AmtsträgerInnen. Der Kultur oder der Wirtschaft, so die Ministerin, solle nicht geschadet werden. Das verbreitete „Anfüttern“ von AmtsträgerInnen für die „pflichtgemäße Vornahme einer Rechtshandlung“ bleibt als Delikt bestehen, soll jedoch „konkretisiert“ werden. Relevant ist, ob ein Verhalten darauf abzielt, eine/n AmtsträgerIn zu beeinflussen. Wer Geschenke – bis 100 Euro weiterhin straffrei – annehmen darf, soll künftig das Dienstrecht regeln, Verantwortung wird hier auf fragwürdige Weise verlagert. Die von TI kritisierte mangelnde Transparenz bei der Parteienfinanzierung oder unklare Regeln bei der Vergabe von Werbebudgets durch die Ministerien sind nicht Teil der Reform. Von Strafbarkeit ausgenommen sind explizit Networking und Gastfreundschaft, offenbar als gute österreichische Traditionen verstanden. TI Österreich fordert weiterhin, dass die Kontrolle der Korruptionsstaatsanwaltschaft, die ihre Arbeit mit 1. Jänner 2009 begonnen hat, dem Justizministerium entzogen und mit genügend Personal ausgestattet wird. red



Fiedler: problematische Praxis bei Ost-Geschäften

des Gesetzes vorliegen. Das zeigt, wiederum, dass in Österreich noch nicht ganz verstanden wurde, um was es geht.

Für die Abgeordneten gelten überhaupt andere Korruptions-Bestimmungen.

Richtig. Während etwa die österreichischen EU-Abgeordneten dem Verbot der Geschenkkannahme unterliegen, sind etwa Nationalrats- und Landtagsabgeordnete davon ausgenommen. Für sie gelten wieder eigene Regeln. Das führt dazu, dass es zwar strafbar ist, wenn ein Abgeordneter sich für sein Abstimmungs- oder Wahlverhalten bestechen lässt. Nicht strafbar bleibt aber das sogenannte „Anfüttern“, also wenn ich mir einen Mandatar durch Geschenke oder Einladungen geneigt mache. Hier braucht es eine Gleichbehandlung aller Abgeordneten.

Vielleicht wüssten dann Abgeordnete nicht mehr, ob sie die eine oder andere Einladung noch annehmen dürfen?

Wenn jemand auf Nummer sicher gehen will, dann darf er im Zweifel eben eine Einladung nicht annehmen. Wenn er auf Grund

einer persönlichen Beziehung hingeht, dann ist es ja etwas anderes. Aber man müsste sich vermehrt in Österreich die Frage stellen: Ist das noch in Ordnung, was ich hier tue?

Das klingt ja alles sehr streng. Fast puritanisch. Widerspricht das nicht unserer Mentalität?

BALKAN-STAATEN: „WIR HABEN EBEN EINE AFFINITÄT ZU DIESEN LÄNDERN.“

Die österreichische Mentalität wird allgemein als sympathisch empfunden. Aber es ist auch eine Portion Schlawinertum darin enthalten. Uns schadet ein geschärftes Bewusstsein für problematische Naheverhältnisse sicher nicht.

Es wird manchmal behauptet, dass die heimischen Firmen in Osteuropa so erfolgreich unterwegs waren, weil sie eben mit der Balkan-Mentalität so vertraut waren. Die Nutzenanwendung historischer Erfah-

rungen ist noch kein Hinweis, dass Korruption im Spiel ist. Wir haben eben eine Affinität zu diesen Ländern. Allerdings muss man realistisch genug sein, um zu wissen, dass in vielen dieser Länder die Korruption stark ausgeprägt ist. Damit haben heimische Firmen zu tun.

Wie gehen diese damit um?

Ich möchte hier keine pauschalen Urteile abgeben. Es fällt aber auf, dass eine gewisse Praxis Einzug gehalten hat, die problematisch ist. So beauftragen österreichische Firmen gerne eine Agentur vor Ort, um für eine Pauschalsumme die Abwicklung der eigenen Geschäfte zu begünstigen. Niemand fragt dann nach, wofür dieses Geld verwendet wurde. Ja, es will lieber niemand hier in Österreich wissen, wie das Geld verwendet wurde. Auch hier muss man realistisch sein. Es wird noch dauern, bevor sich diese Sachen ändern. Aber der Kampf gegen die Korruption ist das Bohren harter Bretter.

Simon Kravagna ist Chefredakteur der Wiener Stadtzeitung „biber“. www.dasbiber.at

ES GIBT MIT AN SICHERHEIT GRENZENDER WAHRSCHEINLICHKEIT KEINEN GOTT.

WERTE SIND MENSCHLICH - AUF UNS KOMMT ES AN.

www.AG-ATHE.at www.EsgibtmitsicherheitgrenzenderWahrscheinlichkeitkeinenGott.at

pool bar

Land of the Free

Pool bar Festival
03 Jul BIS 16 Aug
Altes Hallenbad
Feldkirch
poolbar.at



- 03 07 Art Brut
- 04 07 Keziah Jones
- 08 07 Trail of Dead
- 09 07 Guru's Jazzmatazz
- 10 07 Grandmaster Flash¹
- 11 07 Laokoongruppe, g.rizo
Binder&Krieglstein
- 15 07 Dropkick Murphys
- 16 07 Buraka Som Sistema
- 17 07 Boban I Marko
Markovic Orkestar
- 18 07 Portugal. The Man
- 18 07 Calexico
- 19 07 Morcheeba
- 23 07 Does it Offend
You, Yeah?
- 24 07 Jennifer Rostock
- 25 07 Minitel Rose
- 30 07 Fiva & Kamp²
- 31 07 Zombie Nation²
- 31 07 Mediengruppe
Telekommander²
- 01 08 A Life, A Song,
A Cigarette²
- 01 08 Masallah²
- 01 08 The Rakes²
- 06 08 Telepathe
- 07 08 Ed Rush
- 08 08 Jahcoustix, Iriepathie
- 13 08 Black Lips
- 14 08 Carl Craig³
- 15 08 Anti-Flag

u.v.a. / Plus Architektur, Kunst, Mode, Film,
Poesie und Leben / 1) Red Bull Music Academy
2) FM4 Wochenende / 3) Eristoff Tracks

Poolbar-Packages mit Ticket & Unterkunft:
www.bodensee-vorarlberg.com

Freier Eintritt zu vielen Veranstaltungen und zu mindestens einer Räumlichkeit immer /
Reservierungen, Gratis-Magazin: ahoi@poolbar.at, T +43 5522 73467 / poolbar-Pass:
Punktekarte für bis zu 12 Veranstaltungen um 59 Euro / Tickets Ö: poolbar-Festival /
Volksbanken in ganz Österreich / Ö-Ticket (www.oeticket.com, MediaMarkt und Libro) /
Musikladen Feldkirch, Rankweil (T +43 5522 41000, musikladen.com) / aha - Tipps & Infos
Bregenz, Dornbirn, Bludenz / Feldkirch Tourismus (T +43 5522 73467, karten@feldkirch.at)
Dornbirn Tourismus / wien-ticket.at / Danke Stadt, Land, BMUKK / Paintings by Teddy
Draper Jr / wz-bfg.com / Pilamayaye wakan tanka nici un ake u wo, ahoel





„Jedermann“ in Salzburg. © Clärchen Baus-Mattar & Matthias Baus iStock

ANGEFÜTTERT. AUSGEFÜTTERT?

Als Eugène Ionesco im Jahre 1972 zur Eröffnungsrede der Salzburger Festspiele auf die Bühne trat, war er entschlossen, sich mit harschen Worten an das feierlich gestimmte Publikum zu richten. „Soll man die Kette der Verbote zerreißen oder sie straffer machen? Man findet das Gleichgewicht nicht mehr zwischen der Leidenschaft zu leben, das heißt zwischen den unstillbaren Begierden und den Mechanismen, die diese Begierden in Bahnen halten könnten.“ Es ist nicht überliefert, wie viele der Anwesenden sich in diesem Moment unter ihren Stühlen verkriechen wollten, vielleicht sogar mit plötzlicher Schamesröte im

Gesicht. „Nicht den Armen will man helfen“, donnerte der Dramatiker des absurden Theaters den Gepeinigten im prunkvollen Saal entgegen, „nicht Gerechtigkeit verteidigen und Hunger und Durst stillen, sondern Ziel ist die Alternative: Herrschaft über die Welt oder Blutbad“.

Vorteilsbeschaffung

Von einem Blutbad ist bei den sommerlichen Festspielen auch Jahrzehnte später nichts zu sehen. Nur die Gier nach Ruhm und Einfluss lässt sich am Tummelplatz der Eitelkeiten so regelmäßig blicken, wie der alljährliche Auftritt der Buhlschaft in Hugo von Hofmanns-

thals „Jedermann“ vor dem Salzburger Dom. Noch 1950 glaubte auch Bertold Brecht daran, dass sich die nach zwei Weltkriegen und den Erfahrungen des NS-Gewaltregimes so dringend gebotene Erneuerung von Politik und Gesellschaft in der Festspielstadt regelrecht antizipieren ließe. Ein fataler Irrglaube, wie auch Brecht sehr bald zur Kenntnis nehmen musste. Er kehrte Salzburg sehr früh den Rücken.

Bei den Festspielen war und ist man an Umbruch und Diskontinuitäten wenig interessiert. Und auch die Kunst nimmt eine zunehmend untergeordnete Stellung ein. Wichtiger ist dagegen, im Scheinwerferlicht als glanz-



Die Salzburger Festspiele im Visier der Korruptionsbekämpfung. Wieso Ministerialbeamte und nicht Musikstudentinnen Karten geschenkt bekommen.

Text: Martin Wassermair

volle Figur der High Society wahrgenommen zu werden, an pompösen Banketts und Empfängen teilzunehmen, mit den Reichen und Mächtigen der Welt zu kokettieren – und sich manchmal auch den einen oder anderen Vorteil zu verschaffen. Da kommt es nicht selten vor, dass zahlreiche Gäste, darunter viele Beamtinnen und Beamte in ranghohen Positionen, mit den vornehmsten Tickets Platz nehmen dürfen, die ihnen zumeist von jenen Unternehmen großzügig zur Verfügung gestellt werden, die den Salzburger Festspielen als Partner im Rahmen eines Sponsoring-Abkommens zur Seite stehen. Dieser Vorgang wird gemeinhin als „Anfüttern“ bezeichnet,

die juristische Auslegung spricht von der „kleinen“ Korruption. Ein Grund also, dass nun auch die Salzburger Festspiele in das Visier der Justizbehörden geraten sind.

Supergau für Salzburg?

Dazu ein kurzer Rückblick: Zu Beginn des Jahres 2008 wurde in Österreich ein neues Gesetz beschlossen, das sich dem verstärkten Kampf gegen die Korruption verschrieben hat. 2007 war das Land auf dem Wahrnehmungsindex von Transparency International auf Platz 15 zurück gefallen, da wollte dann niemand ganz tatenlos zur Tagesordnung übergehen. Ein wesentlicher Bestandteil der

Novellierung zielte daher schon bald darauf ab, den lockeren Umgang mit Geschenken an Personen zu unterbinden, die ein öffentliches Amt innehaben. Deren Spektrum ist weit reichend und umfasst neben Verwaltung vor allem auch das große Feld von Politik, Interessensvertretungen und dem Management staatsnaher Betriebe. Wer auch immer eine Zuwendung über der Geringfügigkeitsgrenze von 100 Euro annimmt, muss – so die neue Regelung – mit der Aufmerksamkeit der Staatsanwaltschaft rechnen. In der Folge blieb es lange Zeit ruhig. Das Gesetz war verabschiedet, von deren Tragweite nahm zunächst kaum jemand Notiz. Dann

Wertvoll ist, was für die Wirtschaft Wert erzielt.



Ticket-Geschenke: nicht für das Fußvolk © Tourismus Salzburg



Helga-Rabl Stadler hat sich durchgesetzt. Korruptionsbekämpfung wird aufgeweicht. © Kerstin Joensson

allerdings folgte auf die Fußball-Europameisterschaft auch das Großereignis der Festspiele in der Mozartstadt. Helga Rabl-Stadler sah als Präsidentin mit besten Kontakten zu Wirtschaftslobbies und Regierungskreisen die Kultur sogleich ganz allgemein gefährdet, sollte die generöse Haltung der privaten Financiers strafrechtliche Konsequenzen haben. Vom „Supergau in der Kulturfinanzierung“ war selbst in einer vermeintlich seri-

HELGA RABL-STADLER: PRÄSIDENTIN MIT BESTEN KONTAKTEN ZU WIRTSCHAFTSLOBBIES UND REGIERUNGSKREISEN

ösen Fachzeitschrift zu lesen. Hat es sich mit dem vorläufigen Aus des „Anfütterns“ tatsächlich ein für allemal ausgefüttert? Die in der Folge breit angelegte Mobilmachung in Medien und Politikreisen erwies sich als loh-

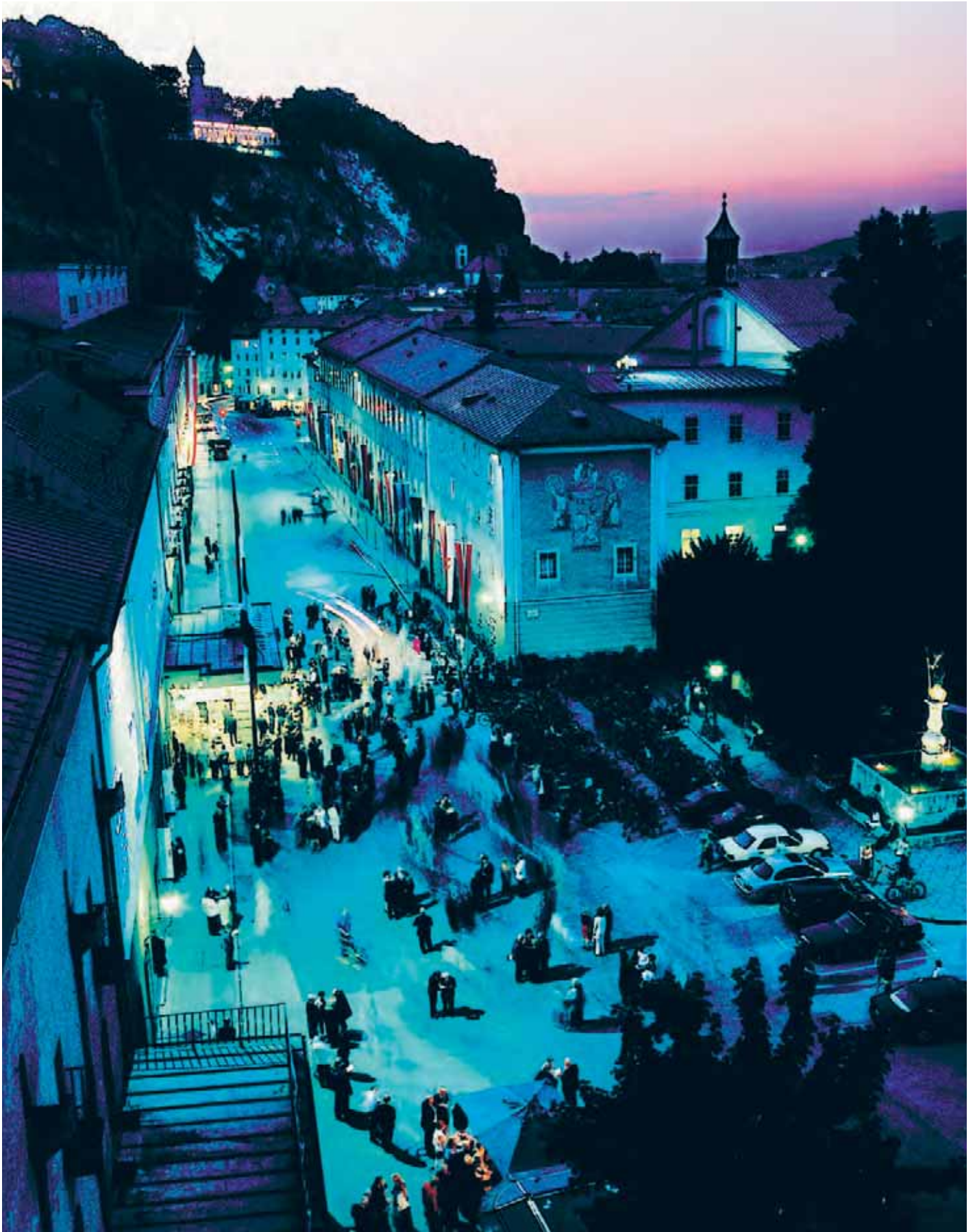
nendes Unterfangen. Schon kurz nach den Nationalratswahlen gelang es der ÖVP, im Koalitionsübereinkommen mit der SPÖ eine Aufweichung herbeizuführen. Kurzum: Das Anfüttern wird nicht mehr angetastet. „Der Wirtschaftsprüfer“, schrieb daraufhin etwa Werner Doralt, Professor für Finanzrecht, in einem bissigen Presse-Kommentar, „soll den Beamten aus dem Finanzministerium weiterhin straffrei zu den Salzburger Festspielen einladen können, und er wird wohl wissen, warum er dem Ministerialbeamten und nicht einem Musikstudenten die Karte schenkt“.

Kultur profitiert nicht

Damit fühlt er dem Problem punktgenau auf den Zahn. Eine Kulturveranstaltung, die sich als Umschlagplatz von Freunderlwirtschaft und unsauberen Geschenkanahmen einen Namen macht, wird selbst zum Instrument der Korruption. Dass sich die Politik hier nicht entschieden dagegen stellt, sondern einen Status quo fortschreibt, von dem aus ihren eigenen Reihen nicht wenige profitieren,

ist ein erbärmliches Zeugnis der politischen Kultur. Für die Kunst, sollte daran noch jemandem gelegen sein, ist das Anfüttern jedenfalls nicht von Nutzen. Doch mit dem Ende der Kulturpolitik ist in Österreich auch die Diskussion um Produktionsbedingungen vorbei. Wertvoll ist, was für die Wirtschaft Wert erzielt. Der Rest begnügt sich mit Public Management. Vielleicht hatte es Eugène Ionesco schon 1972 voraus gegaht. „Alles ist erschöpft und steht ohne Schutz da. In den Büchern oder den Blicken unserer Mitmenschen spiegelt sich unsere eigene Zerrüttung wider. Ein Wort, und die Massen stürzen aufeinander los oder begehen Selbstmord. Ein Funken genügt, und der Weltbrand ist ausgelöst.“ Ob die Salzburger Festspiele eines Tages in den Flammen ihrer eigenen Verwerflichkeit untergehen, wird noch etwas abzuwarten sein.

*Martin Wassermair ist Historiker und Mitglied im Vorstand des Kulturrats Österreich.
www.wassermair.net*



Unter der Hohenfeste: Treffpunkt der Mächtigen © Fritz Haseke

Von den Grenzen der Redlichkeit.

FREUNDSCHAFTS DIENSTE UND ANDERE GEFÄLLIGKEITEN

Nicht jeder Sumpf ist gleich ein Korruptionsfall.
Wir beleuchten fünf Felder – von der
Staatsanwaltschaft bis zum Gesundheitsbereich –
die allein schon aus demokratiepolitischen Gründen
trocken gelegt gehören.

Bilder: Karin Wasner



SCHWARZ
GELD

10
EURO

Der Staatsanwalt bekam einen Bericht und empfahl sofort die Einstellung der Causa..



© istockphoto/Steven Robertson

Staatsanwälte kritisiert man nicht

Zuweilen stellt die Staatsanwaltschaft ganz leise Verfahren ein, oder sie wird erst spät aktiv. Fehlt hier Kontrolle?

Wenn eine Affäre frisch ist, sind sich alle einig: Jetzt gehört „lückenlos aufgeklärt“. Und doch enden Korruptionsgeschichten – von der FPÖ-Spitzelaffäre bis zu Grassers Homepage – oft mit einer mehr oder weniger geräuschlosen Einstellung. Sinngemäß heißt es dann, der Staatsanwalt habe „den Stempel drauf gehaut“, weil strafrechtlich „nichts dran gewesen“ sei. Wie ist das möglich? Damit die Verantwortlichen ex obligo bleiben, ist ein feines Zusammenspiel nötig, in dem die AnklägerInnen eine diskrete, aber bedeutsame Rolle spielen. Vorstellen darf man sich das so: Zunächst sind die ErmittlerInnen am Zug. Wie gründlich sie arbeiten, bleibt im Dunkeln, weil während eines „laufenden Verfahrens“ jedes noch so winzige Detail zum „Amtsgeheimnis“ wird. Danach schickt

die Polizei einen Bericht an die Staatsanwaltschaft. Ist dieser ausreichend lieblos abgefasst, befinden die AnklägerInnen, die Suppe sei zu dünn, und verzichten auf weitere Ermittlungen. Sollte jemand auf die Idee kommen, bei der Polizei nachzufragen, kann diese auf die „Herren des Verfahrens“ verweisen, also die Staatsanwaltschaft. Der Ball liegt immer bei den anderen. Irgendwann heißt es dann, das Verfahren sei eingestellt. Das „laufende Verfahren“ mutiert zum „abgeschlossenen Verfahren“, sämtliche Details unterliegen auch weiterhin dem Amtsgeheimnis. Die Rolle der AnklägerInnen wird so gut wie nicht hinterfragt. Selbst wenn – so wie im Fall Meisl, vom Auffliegen des Skandals um Wertpapierrückkäufe bei MEL bis zu den ersten Hausdurchsuchungen – einhalb Jahre verstreichen, gilt: StaatsanwältInnen kritisiert man nicht. Das ist insofern kurios, als sie dem Justizminister oder der Justizministerin unterstehen und ihre Kar-

rieren letztlich vom politischen Wohlverhalten abhängen. Warum sollen ausgerechnet weisungsgebundene AnklägerInnen frei sein von Fehleinschätzungen, Irrtümern und niederen Motiven? In der jüngeren Geschichte haben Staatsanwälte mehrfach bewiesen, wie gekonnt sie politisch brisante Causen weg administrieren. Zum Beispiel die blaue Spitzelaffäre. Ex-Justizminister Dieter Böhmdorfer erklärte 2001, der ins Visier der Fahnder geratene FPÖ-Chef Jörg Haider sei „über jeden Verdacht erhaben“. Das Ergebnis ist bekannt: Alle Verfahren gegen führende FPÖ-Politiker wurden eingestellt, ohne Zeugenbefragung, ohne Hausdurchsuchungen, ohne Richter. Am Schluss saßen der Aufdecker und Buchautor, Josef Kleindienst, und ein zweiter Polizist alleine auf der Anklagebank. Nach dem gleichen Muster wurden Jahre später die Verdachtsfälle zum Machtmissbrauch im Innenministerium, die von Ex-BKA-Chef Herwig Haidinger



Grenzen der Redlichkeit

Im Sumpf der Finanzwirtschaft wimmelt es nur so von honorigen Herrschaften. Wie schmal der Grat zwischen Korruption und Redlichkeit ist, zeigt sich besonders in der Krise.

Dass die Worte „Wirtschaftskriminalität“ und „Börsenschwindel“ in manchen Kreisen schon als Pleonasmen gelten, haben sich gar nicht so wenige AkteurInnen aus der Wirtschaft selbst zuzuschreiben. Zu oft wurden dort in letzter Zeit die Grenzen zur Unrechtmäßigkeit zwar formal beachtet, die Grenzen der Redlichkeit aber übertreten.

Es mag kein Unrecht gewesen sein, als etwa ein heimisches Unternehmen mit (damals noch) gutem Namen AnlegerInnen Wertpapiere anbot und dabei den Eindruck erweckte, es handle sich um an der Wiener Börse notierte Aktien, während in Wahrheit Zertifikate auf in einer Steueroase geparkte Unternehmensbeteiligungen gegeben wurden.

Auch der renommierte Wirtschaftstreuhänder, der attestierte, diese Papiere seien für die Veranlagung von Mündelgeld geeignet, ist ein ehrenwerter Mann. Speziell, weil er sich mit der nachgestellten Präzisierung „sofern diese Veranlagung im Rahmen eines sinnvollen Portfolio-Mix erfolgt“ absicherte.

Das gilt natürlich auch für jene gut bezahlten Werbe- und MarketingstrategInnen, die daraufhin Kampagnen rund um die Botschaft „mündelsicher“ strickten, in denen der sperrigen Ergänzung leider kaum Raum gewidmet werden konnte. Psychologisch geradezu perfekt konzipiert war etwa jener Werbespot, in dem zehn Prozent Jahresrendite mit den Wertpapieren suggeriert wurde und eine junge Frau ihr gutes, altes Sparschwein darauf als „faules Schwein“ apostrophierte.

Mit vollem Verkaufsdruck konnten die Papiere dann auch deshalb unters Volk gebracht werden, weil man sich dazu so genannter „Wertpapier-Dienstleistungsunternehmen“ bediente. Die brauchen zwar eine Konzession – aber eben nur eine – und dürfen damit im Vertrieb unbegrenzt viele so genannte „Wertpapier-Dienstleistungsassistenten“ einsetzen. Diese wiederum haben zwar keine annähernd so qualifizierte Ausbildung wie etwa VermögensberaterInnen, dafür hohe Motivation: einen prozentuellen Anteil der von KundInnen bei ihnen „angelegten“ Beträge als Provision. Dass dieses System dann mitsamt den Bör-

senkursen derart einbrechen und die Ersparnisse Tausender Gutgläubiger dezimieren würde, konnte von den Beteiligten – die allesamt gut daran verdient haben – doch keiner ahnen. Gierig – so eine in deren Kreisen nun gängige Analyse – waren nämlich die kleinen AnlegerInnen. Im Wirtschaftssumpf wimmelt es eben nur so von honorigen großen Herrschaften.

Michael Schmid ist Ressortleiter von Management & Karriere im Wirtschaftsmagazin Format.

Steuer-Oasen

Was ist daran paradiesisch? Herwig Sturm fordert das Ende der Steuer-Schlupflöcher.

Der Ausdruck Steueroase zeigt sehr bildhaft, worum es dabei geht: In der Wüste der Steuer-Pflichtigkeit, die offenbar alles Lebendige mit ihrem Treibsand zudeckt, gibt es grüne Flecken, ja sogar Wasser. Tiere trinken, Vögel zwitschern, Menschen können auf ihrem Weg durch die Steuer-Wüste nur überleben, wenn sie bisweilen in so einer Oase rasten und dort neuen Vorrat zum Überleben aufnehmen. Während die SteuerzahlerInnen also den Staub ihrer dummen Rechtschaffenheit schlucken, werden in der Steuer-Oase jene paradiesisch belohnt, die ihr Einkommen und Vermögen „steuerschonend“ zu behandeln wissen. Ist es ein Wunder, dass bei einem solchen Weltbild manche MitbürgerInnen die Sozialpflichtigkeit ihres Vermögens vergessen, während sie die Wohltaten des Sozialstaates selbstverständlich konsumieren? Mich wundert allerdings sehr, dass die politisch Verantwortlichen für die soziale Gestaltung unserer Gesellschaft den Steueroasen und dem süßen Bankgeheimnis so zögerlich zu Leibe rücken. Erliegen auch sie den Verlockungen der Oasen? Ich hoffe jedenfalls, dass diese sich durch eine klare Gesetzgebung möglichst bald als Fata Morgana erweisen und alle MitbürgerInnen ohne Ausnahmen ihren Beitrag zum Überleben der Karawane und zur Bewahrung einer fruchtbaren Erde wahrhaftig und gerecht leisten werden.

Herwig Sturm ist Vorsitzender des Ökumenischen Rates der Kirchen in Österreich und ehemaliger Bischof der Evangelischen Kirche.

aufs Tapet gebracht worden waren, erledigt. Oder 2005 der Skandal um die Homepage von Ex-Finanzminister Karl-Heinz Grasser: Da ließen sich die FinanzprüferInnen zuerst von BeamtenInnen erklären, eine 283.000 Euro-Spende der Industriellenvereinigung sei steuerfrei gewesen. Mit dem Geld hatte ein Verein zur Förderung der New Economy eine Homepage für Grasser gesponsert, der zu dieser Zeit zufällig Finanzminister und also ihr oberster Chef war. Dann wurde ermittelt, der Staatsanwalt bekam einen Bericht und empfahl sogleich die Einstellung der Causa. Dem schlossen sich die Finanzämter an. Damit waren auf einen Schlag alle Verfahren vom Tisch. Pech, wer da noch Fragen hatte. Der Staatsanwalt wollte sie partout nicht beantworten, „aus Gründen der Amtsverschwiegenheit“.

Die Autorin ist Redakteurin eines auflagenstarken österreichischen Printmediums.

Immer mehr Medien handeln im vorseilenden Gehorsam.



Wann werden Verlage schwach?

Gibt es Grenzen der Unabhängigkeit für Verlagshäuser? Wie wird etwa über die Bankenkrise berichtet, wenn Banken ein relevantes Anzeigenvolumen im eigenen Medium ausmachen?

Die Pressefreiheit ist ein Grundpfeiler der Demokratie. Bei Sonntagsreden wird sie gelobt und hochgehalten. Doch im Alltag sind JournalistInnen zunehmend mit ihrer Aushöhlung konfrontiert. In Österreich werden kritische ReporterInnen glücklicherweise nicht ermordet wie in anderen Ländern. Aber: JournalistInnen, die gemäß ihrem Berufsverständnis ausgewogen, kritisch und möglichst umfassend berichten wollen, kommen immer öfter unter Druck. Denn die Wirtschaftskrise trifft auch die Medienbranche hart. Zeitungen, Magazine, Radios, Fernsehstationen sind immer abhängiger von Einnahmen aus Inseraten und Werbespots. Zeitungen, die kaum noch Abonnenten haben, die die Zeitung zum Spottpreis ver-

schleudern, brauchen großzügige Inserate um den Laden am Laufen zu halten.

Der Deal: Die Regierung inseriert großflächig, dafür bekommt sie eine positive Berichterstattung. Unangenehme Berichte über bestimmte Minister sind dann völlig tabu. Als JournalistIn kann man brisante Themen immer wieder vorschlagen. Nur kommt man mit dieser Beharrlichkeit nicht mehr weit. Ähnlich ist es bei Werbeinschaltungen von großen Unternehmen. Wer glaubt, dass ein kritischer Bericht über Pestizide im Gemüse noch möglich ist, wenn eine der betroffenen Lebensmittelketten brav Inserate schaltet, ist naiv. Die Finanzkrise hat auch in Österreich die Bankriesen in Schwierigkeiten gebracht. Doch recherchiert und berichtet man über die Hand, die einen per Kredit und Inserat füttert? Bestimmte Artikel trotz der Inserate zuzulassen, war bisher schon eine Gratwanderung für HerausgeberInnen, GeschäftsführerInnen und Chefredaktionen. Aber die allgemeine Krise hat diesen Zustand noch mal verstärkt.

Es ist oft gar nicht mehr nötig, dass PolitikerInnen intervenieren oder ein Wirtschaftsboss wütend anruft. Immer mehr Medien handeln im vorseilenden Gehorsam. Für den einzelnen Journalisten wird die Lage durch die steigende Arbeitslosigkeit, die beklemmende Enge der österreichischen Medienlandschaft nicht einfacher. Verweigert einer einen einseitigen Bericht, machen ihn zehn andere zu den geforderten Bedingungen. Die Angst vor Mobbing und Jobverlust ist real und konkret. Vernachlässigt werden bei dieser Art des Journalismus wichtige Prinzipien wie gründliche Recherche, kritisches Hinterfragen und Hintergrundinformationen. Aber nicht nur: Rückgrat zu zeigen, aufrecht zu gehen und den Mund aufzumachen wird schwieriger. Insofern ist die hoch gelobte Pressefreiheit, die Freiheit, Missstände zu berichten, Bürger in einer Demokratie möglichst umfassend zu informieren, massiv bedrängt.

Der Autor ist Redakteur einer österreichischen Tageszeitung.



KLEINE ANNEHMLICHKEITEN

Ein Schein der Trügt

Oliver Grimm über die Verkluderung seiner Branche

Kann man Journalist sein, ohne einen Presseausweis zu haben? Natürlich kann man das. Ich schreibe seit 2003 für „Die Presse“ und habe einen solchen weder gebraucht, um dem Pressefoyer im Bundeskanzleramt beizuwohnen, noch anlässlich diverser Untersuchungsausschüsse Einlass ins Parlamentsgebäude zu finden oder mir vom jeweiligen Hausherrn im Finanzministerium erklären zu lassen, warum sich unsere liebe Republik leider, leider wieder verschulden muss. Auf dem Gipfel der Welt Handelsorganisation in Hongkong brauchte ich ein Bestätigungsschreiben meines Chefredakteurs, dass ich tatsächlich für diese Zeitung arbeite. Ein Presseausweis war nicht erforder-

lich - ebenso wenig, wie ein solcher Zugang zum Jahrestreffen von Weltbank und Internationalem Währungsfonds in Washington verschafft. Da muss man sich gesondert akkreditieren. Ebenso wie für die Institutionen der EU in Brüssel. Wozu also braucht man in Österreich einen Presseausweis? Um sich auf allerlei Weisen bestechen lassen zu können. Vom Gratis Eintritt in Bäder und Museen bis zum billigeren Handytarif reicht die Liste der Vergünstigungen, um die man nicht einmal bitten muss. Presseausweis zücken reicht. Wie viele Inhaber solcher Scheine sich wohl kostenlose Theaterkarten heraus bedingen, den Gratis Eintritt in ein Popkonzert oder das wohlwollende Wegschauen eines Verkehrspolizisten? Ich will es lieber nicht wissen. Es ist löblich, dass das Kuratorium für Presseausweise, also der Zusammenschluss von Verlegern und Journalistenverbänden, sich seit einiger Zeit verstärkt darum kümmert, dass nur echte Journalisten den echten Presseausweis erhalten. Das ändert aber nichts daran, dass sich an diesem Schein, an all den Annehmlichkeiten, die er seinem moralisch biegsamen Inhaber zu verschaffen vermag, die tiefe Verkluderung eines großen Teils der Branche manifestiert, in der ich arbeite und die ich liebe. Zur Bestechung gehören schließlich immer zwei: Einer, der besticht. Und einer, der sich bestechen lässt.

Oliver Grimm ist Redakteur der Tageszeitung „Die Presse“.

HORIZONT3000 unterstützt Menschen in Ländern des Südens dabei, ihre Lebensbedingungen zu verbessern. Für einen zweijährigen Projekteinsatz suchen wir qualifizierte Fachkräfte. Machen Sie mit!

ORGANISATIONSENTWICKLER/IN

für Distrikt-Planungsabteilung, Gulu, Uganda

DATENMANAGER/IN

für Kinder- und Jugendabteilung, Kampala, Uganda

BETRIEBSWIRT/IN, PÄDAGOGE/IN

für Schulverwaltung, Bougainville, Papua-Neuguinea

Nähere Informationen auf www.horizont3000.at

HORIZONT3000, Wohllebengasse 12-14, 1040 Wien,
Tel. +43-1-50 3000 3-851, barbara.hauser@horizont3000.at



Österreichische
Entwicklungszusammenarbeit

HORIZONT
3000

Österreichische Organisation für Entwicklungszusammenarbeit

Der Ausdruck **Kuvertmedizin** gehört in Österreich zum allgemeinen Wortschatz.



Gesundheitssektor mit zahlreichen Versuchungen

Gesundheit – ein gutes Geschäft

Eine „besonders schöne Nase“ kostet 1.500 Euro extra. Ein „schnellerer“ Bypass 3.000 Euro. Das solidarische Gesundheitssystem muss geschützt werden.

Als ich vor etwa zehn Jahren in Moskau war, fiel mir etwas Seltsames auf: An vielen Kreuzungen standen Polizisten, die mit einem Gummiknüppel in der rechten Hand den Verkehr regelten. Die linke Hand hielten sie den AutofahrerInnen hin, die beim Vorbeifahren Geldmünzen hineinlegten. Einheimische erklärten mir, dass die Gehälter der BeamtenInnen derzeit so niedrig seien, dass sie das zusätzliche „Körbergeld“ zum Überleben bräuchten. Den Gummiknüppel nannten die Moskauer übrigens „Pozhaluysta (Paschalsta)-Stick“ – soll heißen: „Bitte um eine Spende!“ Manchmal denke ich heute noch an die Moskauer Polizisten. Zum Beispiel dann, wenn mir ein Arzt erzählt, dass seine KollegInnen PatientInnen vor und nach der Operation in ihre

Privatpraxen lotsen, wo ihnen recht eigenartige Angebote unterbreitet werden. Wie etwa: Vor- und Nachbetreuung, inklusive Operation mit Implantat und Narkose im öffentlichen Spital um 2.000 Euro. Oder wenn eine Patientin erzählt, für eine „besonders schöne Nase“ 1.500 Euro extra gezahlt zu haben. Oder 3.000 Euro für einen „schnelleren“ Bypass. Ohne Rechnung, versteht sich. Der Ausdruck „Kuvertmedizin“ gehört in Österreich zum allgemeinen Wortschatz. Warum wohl? Aus der Korruptionsforschung weiß man: Je niedriger das Einkommen, umso anfälliger sind Menschen fürs Handaufhalten. SpitalsärztInnen haben gemessen an ihrer Ausbildung und Verantwortung miese Grundgehälter, die sie mit vielen Nachtdiensten und Geldern von PrivatpatientInnen aufbessern können. Wer sich nicht um ein zusätzliches Einkommen bemüht, fühlt sich bald ausgenutzt – vom Dienstgeber, von den KollegInnen und vom System. Dafür werden allerdings dann andere ausgenutzt: PatientInnen, die

sich in verzweifelten Situationen befinden und dem Medizinsystem zumeist völlig ausgeliefert sind. Sie muss man schützen. Schützen muss man auch das solidarische Gesundheitssystem – unter anderem vor der gierigen Ausbeutung durch Einzelne, vor zweifelhaften Marketingmethoden der Pharma- und Medizinprodukte-Industrie, vor Interessenskonflikten von Meinungsbildnern, vor dem Missbrauch öffentlicher Infrastruktur für Privatgeschäfte und vor einer Ausweitung der Mehrklassenmedizin. Kranke Menschen müssen sich darauf verlassen können, dass sie die bestmögliche Behandlung bekommen und nicht die, an der irgendjemand den größten Gewinn macht. Und wir müssen dafür sorgen, dass das Gesundheitswesen finanzierbar bleibt. Dazu wird jeder Cent gebraucht – und zwar auf dem Konto der Versicherten und nicht in dunklen Kanälen.

Andrea Fried ist Chefredakteurin von „Das österreichische Gesundheitswesen – ÖKZ“.



Eurofighter: Paradebeispiel für undurchsichtige Vergabe © Österreichisches Bundesheer

Politik der Vergabe

Klientelismus, Parteipatronage ... Wie wirkt sich „Vitamin B“ (wie „Beziehungen“) im Feld der Politik in Österreich aus?

Gefälligkeit, Freundschaftsdienste, anfütern – schöne Begriffe österreichischer Praktiken, die – wenn es um osteuropäische Staaten geht – schlicht Korruption heißen. Das Feld der Politik weist mehrere „sensible“ Bereiche auf: Der Politikwissenschaftler Hubert Sickinger hat sich etwa auf die bis heute ungelöste, weil intransparente Parteienfinanzierung spezialisiert. Unternehmen, die gerne „spenden“ wollen, das aber anonym, zahlen z.B. an Industriellenvereinigung oder ÖGB. Diese Organisationen leiten die Gelder weiter, sind von der Meldepflicht beim Rechnungshof ausgenommen. Ein Gesetz für mehr Transparenz scheitert (woran wohl?) seit Jahren. Oder der Bereich der Vergabe: das finanzielle Geflecht, in das sich Politik, Wirtschaft und Lobbyisten bei der EADS/Eu-

rofighter-Beschaffung verstrickt haben, ist nur ein Beispiel. Transparency International nannte bereits den Vertrag der Republik Österreich und dem Rüstungskonzern „sittenwidrig“. Zuletzt geriet auch die Vergabepraxis von Wiens Vize-Bürgermeisterin Grete Laska im Fall des zwar nicht ästhetisch, dafür aber finanziell ungemein teuren Prater-Vorplatzes in die Schlagzeilen. Immer wieder werden auch Mehrfachfunktionen von PolitikerInnen problematisiert. Wie verhält sich zum Beispiel die Funktion eines Wirtschaftskammerpräsidenten, der sich – zurecht – für Klimatechnik einsetzt, mit seiner Rolle als Unternehmer, dessen Bauhütte solche Dienste anbietet? Oder kommen einem Wirtschaftsminister, der aufgrund seines Amtes viele internationale Kontakte sammelt, diese auch für das in seinem Besitz befindliche Pharma-Unternehmen zugute?

Gerfried Balzer ist freier Journalist und Publizist in Österreich.

FONDS

An die Arbeit!

Warum mitten in der Krise ein guter Zeitpunkt ist, in Fonds zu investieren, erfahren Sie unter: www.investieren-in-fonds.at

FÜR DUMM VERKAUFT

Geld arbeitet sehr wohl!

Auf dem Faksimile dieser Anzeige, die flächendeckend in österreichischen Zeitungen geschaltet wurde, kann man sehr schön sehen, dass Geld sehr wohl arbeitet.



Eine Initiative der Fonds-Industrie.

A middle-aged man with grey hair, wearing a grey suit, a light blue shirt, and a red and white striped tie, stands with his arms crossed leaning against a dark-colored BMW car. He is smiling slightly. The car is parked on a cobblestone surface. In the background, there are trees with yellowing leaves, suggesting an autumn setting. The overall scene conveys a sense of wealth and success.

**Wie lange können wir
uns Reiche noch
leisten?**



Europol: Keine rechte Gewalt

Der Jahresbericht 08 von Europol verzeichnet keine rechte Gewalt. Das ist umso bemerkenswerter, als es in verschiedenen europäischen Ländern militante Anschläge mit rassistischem Hintergrund mit Sach- und Personenschäden gab. *red*



Anschläge von militanten Rassisten kein Rechtsextremismus? © istockphoto/Dan Wilton

FLÜCHTLINGSPOLITIK

Studie räumt mit Festung Europa auf

Die meisten „illegalen“ AfrikanerInnen kommen ganz legal nach Europa und nicht mit Booten oder Schleppern. Zu diesem Ergebnis kommt Hein de Haas, Mitglied des „International Migration Institute“ an der Universität Oxford. So genannte „Overstayers“ – per Visa eingereiste Touristen oder Familienangehörige machen die Mehrzahl der afrikanischen illegalisierten AfrikanerInnen in Eu-

ropa aus. Vergleichsweise wenige Menschen, je nach Schätzung sind das mehrere zehntausend Personen, kommen pro Jahr über das Mittelmeer. Keinesfalls handle es sich aber um Hunderttausende, wie Medienberichte suggerieren. Genauere Zahlen sind über die innerafrikanische Binnenmigration verfügbar. Zwischen 60.000 und 120.000 AfrikanerInnen südlich der Sahara erreichen den

Maghreb jährlich. Eine Mehrheit bleibt in Nordafrika, auch wenn ursprünglich Europa das Ziel war. De Haas vermutet, dass weder die europäische noch die afrikanische Politik illegale Einwanderung ernsthaft eindämmen kann. Die Festung Europa hält de Haas für „die Inszenierung von Kontrolle“. Weder Europa noch Afrika seien in der Lage, die Migration zu unterbinden. *red*

Asylrichtlinie: Österreich geht voran

Österreich entpuppt sich erneut als Avantgarde der europäischen Reaktion. Während im EU-Parlament SP- und VP-Abgeordnet mit der extremen Rechten gegen die neue Asylrichtlinie stimmten (insgesamt 69 Stimmen) war die Mehrheit der Abgeordneten (431) dafür. Jetzt will Österreichs Regierung ein Veto im Rat einlegen. *red*

Europas Grenzen überrollt

In der Biologie wird vor „invasiven Arten, die heimische Pflanzen bedrohen“ gewarnt. Dabei sind 15 Prozent der „heimischen“ Pflanzen erst seit 500 Jahren hier. „Rettet unsere Rosskastanie“ lautet eine Kampagne gegen die vom Balkan stammende Miniermotte. Die Rosskastanie kam im 17. Jhd mit den Türken nach Wien. *red*

Clown-Rebels dürfen sich schminken

Ein interessantes Urteil fällt das Dresdner Verwaltungsgericht. Clown-Rebels – sie imitieren auf Demos die Polizei – dürfen sich schminken und Wasserpistolen mitführen. Das Gericht konnte keine „erhebliche Gefährdung hochrangiger Rechtsgüter wie Leben und Gesundheit der den Aufzug begleitenden Polizeibeamten“ erkennen. *red*



Clown-Rebels

„Es ist ein politisches Verfahren, man will, dass wir verschwinden.“

INTERVIEW

Niemand glaubt, dass wir Schlepper sind

Mit dem Rettungsschiff Cap Anamur hat Elias Bierdel 37 afrikanischen Bootsflüchtlingen das Leben gerettet. Das war vor fünf Jahren. Seither sieht er sich mit einem zermürenden Gerichtsprozess wegen Schlepperei konfrontiert. Der Witz daran: Selbst der sizilianische Staatsanwalt glaubt nicht an die Anklage. Elias Bierdel, ein Präzedenzfall.

INTERVIEW: MARIA STERKL, BILDER: PHILIPP SONDEREGGER, BORDERLINE-EUROPE.DE

Herr Bierdel, Sie stehen unter Anklage und sollen für vier Jahre ins Gefängnis, weil Sie 37 Afrikaner aus der Seenot gerettet haben. Als Sie im Februar 2004 die Bootsflüchtlinge an Bord Ihres Schiffs nahmen: Waren Sie sich da des Risikos bewusst, wegen Schlepperei vor Gericht zu landen?

Nicht eine Sekunde lang haben wir daran gedacht. Aber ich glaube, das hat der Herrgott so eingerichtet. Bestimmte Sachen macht man nur, weil man nicht weiß, was dann kommt: Hausbauen, Kinder zeugen, Flüchtlinge retten, und so weiter.

Sie sind nach dieser Aktion als Geschäftsführer von Cap Anamur ausgeschieden. Warum arbeiten Sie nicht wieder als Redakteur beim Deutschlandfunk oder der ARD?

Bei der ARD meinten sie: Den kann man nicht mehr beschäftigen, der steht ja vor Gericht. Und was die anderen Jobs betrifft, scheitert es daran, dass die Verhandlungstermine in Italien spontan festgesetzt werden. Und wenn du hin musst, dann immer gleich für ein paar Tage. Ich hatte mal einen Producer-Job fürs Fernsehen, und sie wollten von mir eine Zusage, dass ich beim ganzen Dreh dabei bin. Erst wollte ich Ja sagen, musste dann aber prompt in der Woche, als in Kiew gedreht wurde, nach Sizilien. Ich habe in den fünf Jahren alle Jobs verloren, und als dann meine Ersparnisse weg waren, Sozialhilfe bezogen. Seit dem Jahreswechsel ver-

suche ich mich da wieder rauszuarbeiten – mit Vorträgen, kleinen Auftragsarbeiten.

Wie oft mussten Sie bisher zu den Verhandlungen nach Sizilien?

Im Schnitt einmal pro Monat. Oft werden Prozesstermine kurzfristig abgesagt. Einmal waren wir alle im Gericht, auch die Richterin war da. Und plötzlich meinte sie, sie hätte jetzt doch keine Zeit. Warum? ‚Heute kommt der Minister zu Besuch, und wir haben draußen gerade das Buffet. Kommt ein andermal wieder.‘ Die Leute müssen aber aus verschiedenen Ländern anreisen. Mir scheint schon, dass das nicht nur Schlampelei ist, sondern eine Strategie der gezielten Zermürbung. Absurd ist auch, dass von mir noch nie einer etwas wissen wollte. Ich bin seit zweieinhalb Jahren bei den Verhandlungen, und bis auf meinen Namen hat noch nie jemanden irgendetwas interessiert. Dabei bin ich ja als Schwerverbrecher angeklagt.

Wie werden Sie in dem Verfahren behandelt?

Nach der Eröffnung des Hauptverfahrens hatte ich ja den Staatsanwalt gefragt, ob er mich eigentlich wirklich für einen Kriminellen halte. Und er darauf: ‚Nein.‘ Ich: ‚Was soll dann das Ganze?‘ Und er: ‚Ich mach nur meinen Job.‘ Das ganze ist ein Spiel, und im Gerichtssaal ist das allen klar. Niemand glaubt wirklich, dass wir Schlepper sind.

Um als Schlepper zu gelten, müssten Sie die Flüchtlinge eigentlich geheim und für Geld nach Italien gebracht haben.

Von Geheimnis kann bei uns ja keine Rede sein – unsere mediale Präsenz wurde uns ja sogar vorgehalten. Und zweitens haben wir null Geld daran verdient.

**Der Reeder fragte uns:
„Ist Ihnen klar, dass im
Mittelmeer überall
Leute herumschwimmen?“**

Wie versucht die Anklage zu belegen, dass Sie finanziell von der Aktion profitiert haben?

Die These des Staatsanwalts ist: Wir haben uns Leute geschnappt, haben versucht, die festzuhalten, bis die Sache eskaliert, um dann mit einem vermeintlichen Notfall Reklame zu machen und so Spendengelder zu generieren. Okay, irgendetwas muss er behaupten, um die Anklage zu halten, also verdreht er das.

Inwiefern spielte die Tatsache, dass Sie Menschenleben gerettet haben, im Prozess eine Rolle?

Das Seltsame ist, dass das von Anfang an unbestritten war. Wir saßen da, und der Staatsanwalt hielt dreieinhalb Stunden lang



ZUR PERSON

Elias Bierdel

Der Sozialwissenschaftler und erfahrene Journalist, 1960 in Berlin geboren, war bis 2004 Geschäftsführer der Hilfsorganisation „Komitee Cap Anamur – Deutsche Notärzte e.V.“; Ende Februar 2004 retteten Bierdel und die Besatzung 37 in Seenot geratene afrikanische Bootsflüchtlinge, indem sie sie auf das gleichnamige Hilfsschiff Cap Anamur holten. Nachdem das Schiff in einem Hafen Siziliens in der Provinz Agrigent angelegt hatte, nahmen die

Behörden die Flüchtlinge zur Abschiebung fest. Bierdel, Kapitän Stefan Schmidt und der erste Offizier wurden wegen Schlepperei angeklagt. Am 21. Juni soll das Gericht in Agrigent sein Urteil verkünden. Der Staatsanwalt fordert vier Haft und 400.000 Euro Geldstrafe für Bierdel und Schmidt. Elias Bierdel lebt heute im burgenländischen Pinkafeld. 2006 veröffentlichte er das Buch „Ende einer Rettungsfahrt“ im Verlag Ralf Liebe.

sein Plädoyer. Zu unserer großen Überraschung eröffnete er mit den Werten Europas: Humanität, Gastfreundschaft, und so weiter. Wir dachten: Na Donnerwetter, jetzt wird's aber interessant. Der steigert sich da hinein, sagt ‚Ich ziehe meinen Hut vor Männern wie diesen‘ oder ‚Wären diese Flüchtlinge nicht zufällig auf die Cap Anamur gestoßen, dann wären sie jetzt tot‘ und so fort. Wir dachten, der kriegt jetzt im letzten Takt die Kurve, und sagt: Es ist keine Schlepperei. Aber von wegen: Derselbe Staatsanwalt verlangte dann, das müsse dennoch bestraft werden. Aber ihm würde das so zu Herzen gehen, dass er es nicht über die Lippen bringt, das Strafmaß zu verkünden. Also bittet er eine Kollegin, das zu tun und verlässt



Bierdel - Preis für Zivilcourage wie zum Hohn

den Raum. Die Kollegin steht auf und verkündet: Vier Jahre unbedingt und 400.000 Euro Geldstrafe.

Warum die Wendung?

Wir spürten darin die unveränderte Entschlossenheit, uns fertig zu machen. Es ist ein politisches Verfahren. Da steht einer und sagt: Ich will, dass die da jetzt verschwinden, und zwar für immer. Der Stefan (der mitangeklagte Kapitän des Schiffes, Anm.) ist 67 Jahre alt und meinte unlängst: Ich weiß nicht, ob ich das Ende dieser Geschichte noch erlebe. Wenn wir in Revision gehen, dauert es wieder ein paar Jahre bis zum nächsten Urteil... und dann noch vier Jahre Haft.

Wie geht es Ihnen mit dem langen Warten und der Ungewissheit?

Das fordert Kraft. Ich bin ja nicht mehr der Jüngste. Aber das Leben ging weiter, und meine Freunde, die Familie haben mich immer unterstützt. Da ist viel intakt geblieben.

Werden Sie bis zur letzten Instanz gehen?

Eines wissen wir: Wenn ein humanitäres Rettungsschiff für seinen Einsatz bestraft wird, dann wird kein Handelsschiff jemals mehr helfen. Wir müssen ein Urteil erreichen, das klar stellt: Das, was wir gemacht haben, kann nicht verboten sein. Dann hätte unser Fall Signalwirkung. Ob wir das in dieser Instanz erreichen, in der nächsten oder gar nicht, ist unklar. Aber wir versuchen es.

Was, wenn ein Freispruch kommt? Werden Sie dann wieder mit einem Schiff unterwegs sein?

Meine Rolle ist hier ausgespielt, weil ich alles gesagt habe, was es zu sagen gibt. Ich würde mich geradezu freuen, mich auch mal wieder anderen Themen zuwenden zu können.

Wie sehen Sie die Arbeit der deutschen Medien in der Affäre?

Bei uns auf dem Schiff hat keine einzige deutsche Redaktion je angerufen. Ist das nicht interessant? Die Italiener kamen schon. Ich glaube, dass die Verdrängungsmechanismen bei diesem Thema so groß sind, dass es gar nicht im Bewusstsein war. Und natür-

lich schmiegen sich Mainstream-Medien auch an die Seite der Macht – das Thema ist politisch eben hart bekämpft.

Die deutschen Medien haben sich vor allem auf Cap Anamur-Gründer Rupert Neudeck gestürzt.

Neudeck war von Israel aus plötzlich ganz schlau und spielte den Kronzeugen. Diese Konfrontation war eine willkommene Möglichkeit für die Medien, dem großen Thema auszuweichen, indem man es skandalisierte. Oh, ein Krach im Verein – das ist toll, über Leute reden, statt über Probleme.

Neudeck meinte damals, es wäre besser gewesen, mit den Flüchtlingen nach Hamburg oder Lübeck zu fahren.

Einem Schiff darf nur ein einziger Hafen nicht verweigert werden, und zwar sein Heimathafen. Andererseits: Stellen Sie sich vor, Sie haben Menschen an Bord, um deren Leben es geht, die weder vor noch zurück wissen. Und dann fahren Sie mit 37 Leuten um den halben Globus, fahren zwangsläufig durch die Hoheitsge-

wässer von Spanien, England, Frankreich, landen in Deutschland und verlangen Asyl.

Cap Anamur selbst hat Sie öffentlich nicht gerade unterstützt.

Sie hatten Angst. Der Druck ist ungeheuer hoch. Ich verstehe das, bin aber trotzdem der Meinung, dass man sich nicht von einem Thema abwenden darf, wenn es mal Ärger gibt. Es genügt ein Blick auf die Homepage von Cap Anamur, um festzustellen, dass sie mit dem Thema nichts mehr zu tun haben wollen. Das ist natürlich absurd, da der Fall ja den Namen des Vereins trägt. (lacht)

Cap Anamur bezahlt die Prozesskosten?

Ja. Ich war ja damals nicht auf einer privaten Kreuzfahrt, sondern habe das im Namen des Vereins gemacht. Und dass der Verein zahlt, ist auch nichts, worüber man froh sein kann: Hier werden Spendengelder, die unter anderem dafür gedacht sind, dass Menschen nicht mehr in so ein Boot steigen müssen, dafür verbraucht, um uns gegen eine absurde Anklage zu verteidigen.

Sie haben 2007 den Georg Elser-Preis für Zivilcourage verliehen bekommen. Was empfanden Sie da?

Mich hat das fast ähnlich beunruhigt wie die Anklage selbst. Das Verrückte war, dass der Schirmherr der Veranstaltung ein gewisser Herr Thierse war, der bekannte SPD-Politiker. Und ich hatte das Gefühl, ich kriege da von einem Kumpel vom ehemaligen Innenminister Otto Schilly, der uns damals nicht schlecht in die Wurst gemacht hatte, einen Lutscher überreicht: Da hast du, Bub, weil du so tapfer warst. Da kommt mir das Grausen. Ich war doch einfach nur jemand, der die Leute darauf hingewiesen hat, dass es ein Problem gibt. Was sagt das über unsere Gesellschaft aus, wenn darin schon eine herausragende Widerstandsleistung gesehen wird?

Hatten Sie mit der Cap Anamur bewusst nach Schiffbrüchigen gesucht?

Wir betonen immer, dass es keine Absicht war. Man wirft uns zwar vor, dass wir Schlangenlinien gefahren sind. Aber das ist ganz einfach zu erklären: Wir kriegten ja permanent Meldungen von sinkenden Booten. Der Perspektivenwechsel dieser Meldungen hat mich richtig beeindruckt. Da sinken ständig Boote, aber es gibt nur Warnmeldungen, damit man nicht kollidiert. Wenn Schiffe die Anweisung bekommen, das Gebiet weiträumig zu umfahren, muss der Kapitän ausweichen. Wer das nicht befolgt, riskiert eine zivilrechtliche Anklage.



Bootsflüchtlinge aus dem Mittelmeer gerettet.



Überladen, ohne Treibstoff schlingend, durchnässte Passagiere ohne Trinkwasser - die Cap Anamur nähert sich den Schiffsbrüchigen.



Mobilmachung gegen Bootsflüchtlinge in Süditalien - Polizei will durchgreifen.

Auch der Druck auf die Hilfsorganisation Cap Anamur wurde sehr groß, wie weit hat sie das selbst mitzuverantworten?

Diese Organisation ist sicherlich zu klein, um dem stand zu halten. Die juristische Verfolgung, der politische Druck, und der mediale Schlag gegen die Glaubwürdigkeit hat dem Verein stark zugesetzt. Was ist denn das Kapital einer humanitären Organisation? Dass die Leute ihr glauben. Etwas auch gegen den Willen der Regierung zu tun, muss in der humanitären Hilfe normal sein.

Gab es schon vor dem Start des Schiffs im Verein Unstimmigkeiten, wie Sie mit Bootsflüchtlingen umgehen sollen?

Das Schiff war angeschafft worden, um Landprojekte zu versorgen und um mit Greenpeace eine Aktion für den Klimawandel durchzuführen. Aber natürlich mussten wir uns von Anfang an mit der Frage auseinander setzen, wie wir mit Bootsflüchtlingen umgehen, die uns begegnen. Als das Schiff in Lübeck hergerichtet wurde, kam ein Reeder aus Hamburg, der acht, neun große Frachtschiffe auf den Weltmeeren fahren hat. Der meinte: Ist euch eigentlich klar, dass da überall Leute herumswimmen? Der war seit zwanzig Jahren auf See. Der Mann hat uns eine Liste mitgegeben. Da standen die ganzen Seegebiete drauf, wo

nach seiner Einschätzung mit besonders vielen Booten zu rechnen ist. Das war von A bis Z die Route, die wir sowieso entlang fahren wollten – nämlich die westafrikanische Küste, die Kanaren, der Ärmelkanal. Für uns war schließlich klar: Falls die Cap Anamur Flüchtlingen begegnet, dann nehmen wir sie an Bord.

„Die Innenminister Deutschlands und Italiens verkündeten, es müsse ein gefährlicher Präzedenzfall verhindert werden.“

Sie wussten also, dass Sie auf Flüchtlinge stoßen würden?

Ja, dass das Flüchtlingsaufkommen im Mittelmeer aber so massiv ist, war uns neu. Dass tatsächlich die Gefahr besteht, dass du nachts Leute überfährst. Das war auch dem Kapitän neu. Das hatte zur Folge, dass wir in bestimmten Zonen nachts gar nicht erst gefahren sind. Dort fahren aber, wenn ich das erwähnen darf, die großen Kreuzfahrtschiffe durch. Die brettern da durch, mit der dreifachen Geschwindigkeit von uns, das Schiff fünf Mal so groß, dabei kannst du die Boote nachts ja gar nicht sehen. Die sind viel zu klein für das Radar. Die Kreuzfahrtschiffe fahren Leute tot,

weil sie gar nicht die Zeit haben, sich um diese Leute zu kümmern. Und darüber hinaus können sie ja nur nachts fahren, weil tagsüber Landprogramm ist.

Welche Wirkung, vielleicht sogar Vorbildwirkung hatte Ihre Rettungsaktion?

Am 7. Juni, als wir noch fest hingen, ließen die Innenminister Deutschlands und Italiens verkünden, es müsse ein gefährlicher Präzedenzfall verhindert werden. Erstmals fand ich das nur gruselig. Dann erkannte ich: Der gefährliche Präzedenzfall aus deren Sicht war offensichtlich, dass man Menschen an Land gebracht werden, die man nicht kriminalisieren kann. Denn was haben sie schon gemacht, außer, dass sie fast ertrunken wären, was ja nicht verboten ist? Dass ihre Rettung angesichts der Tausenden Toten als gefährlich bezeichnet wird, ist unfassbar.

Trotz der dramatischen Probleme, die Ihre Rettungsaktion nach sich gezogen hat – sehen Sie NachfolgerInnen Ihrer Arbeit?

Ich möchte hier keinen Mythos verwalten. Aber die besondere Energie unserer Arbeit ist gleichzeitig eine besondere Verpflichtung. Weil das sonst tatsächlich keiner macht. Es sind keine Hilfsschiffe unterwegs. Auf der ganzen Welt gibt es niemanden, der da jetzt was tut.

L'AIUTO UMANITARIO
NON È MAI UN CRIMINE

HUMANITARIAN AID
IS NEVER A CRIME!

HUMANITÄRE HILFE IST
NIEMALS EIN VERBRECHEN!

¡LA AYUDA HUMANITARIA
NUNCA ES UN CRIMEN!

Freiheit für Bierdel und Schmidt

Weil sie 37 Menschen vor dem Ertrinken aus dem Mittelmeer gerettet haben, drohen Elias Bierdel und Stefan Schmidt 4 Jahre Haft wegen Schlepperei. Mit einer Postkartenaktion an Italiens Justizminister unterstützt SOS Mitmensch eine europaweite Protestkampagne. www.sosmitmensch.at

AI-BERICHT

Amnesty nimmt institutionellen Rassismus in den Fokus

Ein aktueller Bericht von Amnesty International dokumentiert Fälle von rassistischem Verhalten und Misshandlungen durch die österreichische Polizei. Amnesty beschreibt das Versagen des Justizapparats, MigrantInnen und Angehörige ethnischer Minderheiten auf die gleiche Weise zu behandeln wie Angehörige der Bevölkerungsmehrheit – sei es als Opfer, Verdächtige oder Täter. 18 Monate lang führten die Analysten aus der Londoner AI-Zentrale Interviews mit Behörden und NGOs. Sie sammelten Ordner voll Material über rassistische Übergriffe und analysierten die Strukturen, in denen

diese stattfinden. Sie überprüften Dutzende Vorfälle wie jenen, in dem ein 21-jähriger lernbehinderter schwarzer Österreicher nach acht Tagen Schubhaft fast in den Sudan abgeführt worden wäre, während seine Eltern ihn (auch über die Polizei) verzweifelt suchten. Im Amnesty-Bericht geht es jedoch nicht um Einzelfälle an sich, sondern um grundlegende Merkmale, nach welchen Mustern Behörden agieren. Die Bilanz: Österreichs Strafverfolgungsbehörden und die Polizei behandeln ausländische BürgerInnen sowie Angehörige ethnischer Minderheiten nicht zu gleichen Bedingungen wie Staats-

bürgerInnen mit weißer Hautfarbe. Entscheidend daran: Rassistisch motiviertes Fehlverhalten kann nicht auf Einzelfälle reduziert werden. Es zeigen sich strukturelle Mängel im Umgang mit AusländerInnen und Angehörigen ethnischer Minderheiten, heißt es in dem Bericht. Lob für die Arbeit von Amnesty kam von Angehörigen der Schwarzen Community Wiens. Bei der Präsentation des Berichts zeigte sich Araba Evelyn Johnston-Arthur in einem spontanen Statement erfreut, dass Amnesty die institutionellen Fragen in den Mittelpunkt des Berichts gerückt hat. *red*

UN-Rassimus-Konferenz gescheitert

Durban II, die Antirassismus-Konferenz der UN war überschattet von der Frage, ob es mit Staaten wie Iran eine Auseinandersetzung auf Augenhöhe geben soll. Zahlreiche Länder verneinten und boykottierten die Konferenz. Durban II verdeutlicht die tiefe UN-Krise und den Mangel an globalen, demokratischen Institutionen. *red*

NGO Initiative ORF gehört allen gestartet

Mehrere NGOs haben die Initiative „ORF gehört allen“ gestartet, um die wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit des ORF einzumahnen. Sie fordern, den ORF vor parteipolitischen Einfluss und Privatisierung zu schützen. Die Deklaration kann auf www.orfgehoertallen.at unterzeichnet werden. *red*

No Border Camp im August auf Insel Lesbos.

Die Asylpolitik Griechenlands gerät zunehmend in Kritik. Einige Länder schieben Asylsuchende nicht mehr dorthin zurück, weil das System kollabiert ist. Nun bietet sich Gelegenheit, das Richtige mit dem Angenehmen zu verbinden. Von 22.-29.8. findet auf Lesbos ein No-Border-Camp statt. <http://noborderoglesvos.blogspot.com>. *red*



No-border-camp auf Lesbos im August. istockphoto/Deborah Benbrook

NEUES VON DER BOCK



Von ihr kann man alles haben, nur kein Nein.
Die Flüchtlingshelferin Ute Bock ist im wahrsten Sinn grenzenlos.
Ihre Sozialarbeit: der ganz normale Wahnsinn. Alltag in Wien.

NIEDERSCHRIFT: ANDREAS BACHMANN, BILD: ISABELL BICKEL

ÜBLE NACHREDE

Ich bin jetzt von der Polizei wegen übler Nachrede angezeigt worden. Ein Reporter hat mich einmal gefragt, ob mir etwas von Misshandlungen in der Schubhaft bekannt ist. Ich habe dann gesagt, dass es merkwürdig ist, dass es bei Verletzungen von Schubhäftlingen immer heißt, der ist im Stiegenhaus gefallen. Da hab ich gemeint, wenn die immer über die Stiegen fallen, werden sie bald ein Problem mit der Baupolizei bekommen. Das war als Scherz gemeint. Na ja. Mich erinnert das an Einen, den hat die Polizei kurzfristig in Schubhaft genommen und dort auf die übliche Weise behandelt. Jahre später sitzen wir bei mir zusammen, reden darüber und er sagt zu mir, seitdem geht er nicht mehr Fußball spielen. Ich frag ihn warum, und er sagt, die Polizisten hätten ihn damals so schwer verletzt, dass er nicht mehr rennen kann. Der hat das hingenommen, als ob es selbstverständlich wäre, dass man von der Polizei so misshandelt wird. Wenn mir das passiert, rede ich sicher vier Monate über nichts anderes, weil mich das so aufregt.

GNÄDIGE BEAMTE

Ich sehe aber immer wieder auch Zeichen, dass sich etwas zum Besseren verändert. Ich glaub, dass den Polizisten auch nicht alles recht ist, was sie da so machen müssen. Vielen zumindest. Ich hab unlängst auch einen Polizeieinsatz im Haus gehabt.

Eine Familie hat weggebracht werden sollen. Das eine Mädchen hat ganz hysterisch gebüllt. Die Polizisten haben sich aufgebaut, ich bin dazu gekommen und ein Beamter hat gleich gemeint: Frau Bock, das gibt sicher wieder eine Anzeige. Was für eine Anzeige?, frag ich. Na die Leute wären ja nicht einmal gemeldet, sagt er. Sag ich, wie auch, denen ist ja die Meldekarten abgenommen worden. Der Familienvater ist schwer zuckerkrank und jedes Mal wenn er in Schubhaft geht, bekommt er einen Zuckerschok. Das ist psychisch bedingt. Jedenfalls sag ich zum Beamten, der Mann ist so krank, muss das jetzt sein? Er redet dann herum, schickt die Frau nach draußen, schließt beide Türen und sagt: Okay, wir lassen die Familie da, aber den Mann müssen wir mitnehmen. Aber sie müssen mir alle Eide schwören, dass die nicht in den Untergrund gehen. Also der hat das auch ned z'samm'bracht. Bei dem Mann ist das immer so, dass er in Schubhaft kommt, dort einen Zuckerschok hat, ins Krankenhaus kommt, entlassen wird und wieder bei mir landet. Und dann geht alles von vorn' los. Es ist grauslich.

HÜTTE VON HASELSTEINER II

Das Kuckucksnest ist geschlossen worden. Dort waren vor allem österreichische Obdachlose untergebracht, aber ich konnte da immer einige Leute unterbringen. Der Mietvertrag war befristet, der Besitzer möchte

jetzt bauen. Gute Gegend, die Bolzmann-gasse, nahe der Amerikanischen Botschaft. Naja, und dann krieg ich wieder einmal einen Anruf aus Traiskirchen. Sie haben eine Familie auf die Straße gesetzt. Eine Mutter, die im neunten Monat schwanger ist, mit drei Kindern. Ob ich nicht etwas für sie habe. Die habe ich dann dahin geschickt. Das ist aber kein Zustand da. Es steht nur ein Riesentockbett drin, die Kinder müssen auf Decken am Boden schlafen. Die habe ich jetzt da, der Vater macht natürlich Stress, aber was soll ich machen, hab ja nichts anderes. Ich müsste wieder bei Hans Peter Haselsteiner anrufen und fragen, wie es um das Haus steht, das er mir zur Verfügung stellen wollte. Die Leute haben natürlich Recht: Es wird nie genug sein, und ich werde das Haus auch nur füllen, und dann stehen wir wieder da wie jetzt. Aber dann wohnen in dem Haus wenigstens auch noch Menschen. Die Spendenbereitschaft, vor allem bei Kleinspenden, ist ja weiterhin sehr hoch. Gut, bis ich mit 20 Euro-Beträgen die Mieten gezahlt habe, das dauert, aber trotzdem: Kleinvieh macht auch Mist. Das wundert mich schon manchmal, weil es ja immer heißt, die kleinen Leute schimpfen so auf die Flüchtlinge. Aber wenn man das dann sieht, merkt man, es gibt auch andere.

Spenden: Hypo Bank Tirol
Konto Nr. 520 110 174 99; Bankleitzahl 57000

BUCH

POPULÄRKULTUR



Totgeschwiegen

Schrecklich genug, dass sich offenbar niemand um sie kümmert, als sie in Unterwäsche und barfußig am 19. Januar 2008 durch Vöcklabruck irrt. Es ist das letzte Mal, dass sie lebend gesehen wird, zehn Tage später wird ihre nackte Leiche aus dem Fluss Ager geborgen. Aber niemand in Vöcklabruck interessiert sich für diesen Tod. Niemand will wissen, was passiert ist. Es gibt keine Obduktion. „Selbstmord“, sagten Polizei, Staatsanwaltschaft, Regionalmedien und Kronenzeitung. Die Erfrierungen an den Knien, die Medikamente, die Blutergüsse spielen keine Rolle. Auch nicht, dass die slowakische Gerichtsmedizin schon vor mehr als einem Jahr „mechanische Gewalteinwirkung durch eine andere Person“ festgestellt hat. Der österreichische Journalist Martin Leidenfrost, der in den Plattenbauten Devínska Nová Ves in Bratislava und in Brüssel lebt, ist diesem Schweigen über den Tod von Denisa Soltisová nachgegangen und hat ein Buch darüber geschrieben. Denisa Soltisová stammt aus der Slowakei, aus der Region Gemer. Sie war eine von geschätzten 40.000 „24-Stunden-Pflegerinnen“, die in Österreich arbeiten. Sie lebte bei einer Arztfamilie in

Vöcklabruck, wo sie sich um den 91jährigen bettlägerigen Primar-Arzt kümmerte. Vor ihrem gewaltsamen Tod wollte sie ihren Pflegejob aufgeben. Das Schweigen hat inzwischen der Verunglimpfung Platz gemacht: Für ihre ehemaligen Arbeitgeber ist Denisa Soltisová ein „armes Tschapperl“, für die Kronenzeitung eine „Roma-Slowakin“ (stimmt nicht, und selbst wenn?) mit „Liebeskummer“. Die Recherchen von Martin Leidenfrost sind von der oberösterreichischen Sicherheitsdirektion nicht gern gesehen. „Effekthascherei“ sagt der Beamte Hermann Feldbacher. Nun werden die Ermittlungen wieder aufgenommen. Vor allem wegen der Hartnäckigkeit des Anwalts der Familie und der Öffentlichkeit, wie sie auch Leidenfrost hergestellt hat.

Martin Leidenfrost
„Die Tote im Fluss“
 Der ungeklärte Fall Denisa S.
 Residenz Verlag 2009
144 Seiten, Euro 14,90



Philipp Sonderegger ©KRAMAR

LISTEN

2 X 5 DINGE UND SONST?

Philipp Sonderegger ist Sprecher von SOS Mitmensch.

5 Dinge, die dafür sprechen, eine ulkige Frisur zu tragen:

- 1 Spielräume nützen, solange man sie noch hat.
- 2 Geringere Verwechslungsgefahr bei Nebel oder ähnlich schlechter Sicht.
- 3 In einer Tradition mit Harald Juhnke stehen.
- 4 Alleinstellungsmerkmal im Kreise der Lieben.
- 5 Wer singt oder eine lustige Frisur hat, kann nicht böse sein.

5 Dinge, die den heiligen Zorn in mir heraufbeschwören:

- 1 Mit Ute Bock reden.
- 2 An die Service-Hotline meines Laptops denken.
- 3 Wenn wer Null Wahrnehmung für Machtverhältnisse hat.
- 4 §278a
- 5 Leute, die Strache fremdenfeindlich und die Asylpolitik von SPÖ/ÖVP richtig finden.

Und sonst?

Wäre ich gerne mit George Kamerun auf Facebook befreundet.

POPULÄRKULTUR

BUCH



Leblose Politikmaschine

Die „Postdemokratie“ ist eine Horrorwelt des Expertentums und der unechten Debatten, der mitgliederlosen Parteien und des manipulierten Willens. Wo einmal ein Wohlfahrtsstaat war, ist das globale Unternehmen; Sozialleistungen hängen am seidenen Faden der Corporate Social Responsibility. Postdemokratie ist ein „Gemeinwesen, in dem zwar nach wie vor Wahlen abgehalten werden, in dem allerdings konkurrierende Teams professioneller PR-Experten die öffentliche Debatte während der Wahlkämpfe so stark kontrollieren, dass sie zu einem reinen Spektakel verkommt, bei dem man nur über eine Reihe von Problemen diskutiert, die die Experten zuvor ausgewählt haben.“ Die Horrorvision „Postdemokratie“ von Colin Crouch, 2004 auf Englisch erschienen, ist mit der Übersetzung ins Deutsche 2008 auch der Realität wieder ein Stück näher, die Demokratie stirbt stetig. Eher der Staat als die (apathische) Zivilgesellschaft kann diesen Prozess eindämmen, argumentiert Crouch, der an der University of Warwick Governance und Public Management lehrt. Ob das

schlüssig ist, kann man anhand der aktuellen Bewältigung der Finanzkrise überprüfen.

Colin Crouch
Postdemokratie
 Suhrkamp Verlag, 2009 (2. Auflage)
159 Seiten, Euro 10,00



Arm, aber schuldig

Die Worte, die Loïc Wacquant findet, um die spezifisch neoliberale Form des Umgangs mit sozialer Unsicherheit und Armut zu beschreiben, sind drastisch: Das Gefängnis ist „der juristische Müllschlucker, in den man den menschlichen Ausschuss der Marktgesellschaft wirft.“ Der an der University of California in Berkeley lehrende Soziologe Wacquant analysiert am Beispiel der USA die Genese des strafenden Staates, dessen Herz die oft privatisierten Gefängnisse sind, mit zur Zeit 2,32 Millionen meist männlichen Gefangenen meist afroamerikanischer Herkunft (das ist jeder neunte männliche schwarze US-Amerikaner zwischen 20 und 34). Der strafende Staat gedieh, wo seit Mitte der 1970er Jahre soziale

Risiken individualisiert und Sozialleistungen weitgehend abgebaut (workfare ersetzt welfare), Arbeit zu einer Pflicht und Gefängnisse privatisiert wurden. In dieser symptomatischen Wucherung suchen politische, bürokratische und zivilgesellschaftliche Akteure, ihre Interessen durchzusetzen und begrenzen weiter die Handlungsfähigkeit des Staates: „Die Verbrechensbekämpfung ist nur eine gute Ausrede für die umfassende, gleichzeitig an der Wirtschafts-, Wohlfahrts- und Strafrechtsfront operierende Neubestimmung der Reichweite staatlicher Verantwortung“ schreibt Wacquant. Diese

Neubestimmung hat keinen Autor und geschieht nicht absichtsvoll. Wacquants soeben ins Deutsche übersetzte Buch „Bestrafen der Armen“ ist Teil einer Trilogie über die Transformation des Staates und den Umgang mit Armut. *cat*

Loïc Wacquant
Bestrafen der Armen
 Zur neoliberalen Regierung der sozialen Unsicherheit
 Barbara Budrich Verlag, 2009
360 Seiten, Euro 29,90

1A-Faltzelte • Kauf & Miete

www.kleinlercher.net
Bernhard Kleinlercher • 0664/9101088

Produkte & Lösungen zur perfekten **Unternehmenspräsentation** von **A bis Z**: Absperrungen, A-Ständer, Faltzelte-Gut&Günstig, Banner-/Faltdisplays, Falttheken, Gurt- und Kordelsteher, Leuchtkästen/-säulen, Prospektständer, Plakatwechselrahmen, Rollups, Schirmbars, Stehtische, 1A-Zeltsysteme, Zeltvermietung ... uvm.

POPULÄRGESEHEN



Martin Schenk ist Sozialexperte der Diakonie Österreich
Illustration: Petja Dimitrova

Kuscheln mit Schoko

Wir erleben eine neue Innerlichkeit.
Die Reise nach innen führt aber selten hinaus.
Schade eigentlich.

EINE KOLUMNE VON MARTIN SCHENK

Am Kremser Donaufestival in einer kalten Mehrzweckhalle gehen die Lichter aus und die Musik an. Auf der Bühne singt einer mit eindringlicher Falsett-Stimme, dass es niemanden kalt lässt. Wenn Antony and the Johnsons zu singen beginnt, dann bleibt kein Auge trocken. Das ist eine Musik, die berührt. Und wenn sich Soap & Skin zum Piano setzt, dann füllt sie mit der Intensität ihres künstlerischen Ausdrucks den Raum. Musik, die unter die Haut geht und erschüttert. Trauer, Schmerz, Leid. Viel Herzblut, das beiden wehtut, den ZuhörerInnen und der Künstlerin. Sie machen Gänsehaut, sie laden ein zur Reise nach innen, intensiv, authentisch. Lassen alle „falschen“ und verlogenen Gefühle zurück. Zumindest kommt es einem so vor.

Ist das jetzt die Zeit für eine neue Innerlichkeit? Geht mit der Finanzkrise die Reise ins wohlige Nest? Ziehen sich die Leute zurück? Einiges spricht dafür. Der Videomarkt für den Film zu Hause hat steigende Verkaufszahlen, es werden um vier Prozent mehr DVDs gekauft als im ersten Quartal 2008. Menschen verbringen auch mehr Zeit vor dem Fernseher, um acht Minuten länger als im Vorjahr. Der Konsum von Schokolade nimmt zu. Die Firma Lindt spricht von drei bis sechs Prozent mehr Umsatz. Und zur Zerstreuung gehen auch viel mehr ins Kino als noch voriges Jahr. Allein im Jänner stiegen die Besuchszahlen um 14 Prozent. Dafür ist die Reiselust gedämpft. Die Buchungen für Pauschalreisen sinken um 17 Prozent.

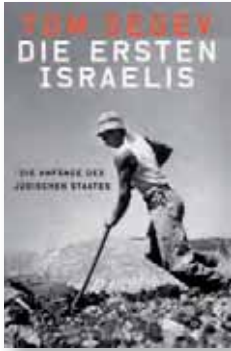
Es scheint, als hätten wir es mit einer neuen Innerlichkeit zu tun. Der Rückzug ins heimelige Nest trifft auf die historische Chance, die Regeln der Finanzwelt zu verändern. Noch nie war die Notwendigkeit, eine neue Finanzarchitektur durchzusetzen,

so groß wie jetzt. Wo aber sind die BürgerInnen, die eine solche Reform einfordern, wenn sie sich mit Schokolade vor den Fernseher kuscheln? Die Reise nach innen führt selten hinaus. Schade eigentlich. Denn es gibt viele Traditionen, die beides kombinieren, oder noch stärker, die Intensität nach Innen mit der Aufmerksamkeit nach Außen in eins setzen. „Contemplatio“ und „Actio“ beispielsweise; erstes meint innere Aufmerksamkeit und Achtsamkeit, zweites bedeutet Handeln und Tätigsein. Tiefe und Weite gehören zusammen, in einer Art ungleichzeitiger Gleichzeitigkeit. Erst die Balance zwischen beidem bewahrt die Innerlichkeit vor der depressiven Nabelschau und das Handeln vor entfremdetem Aktionismus. Also: Antony hören und los geht's.



POPULÄRKULTUR

BUCH



Mythos und Wahrheit

Tom Segev war einer der ersten Historiker, der Einblick in die Gründungsdokumente des Staates Israel nahm, als Ende

der 1990er Jahre das israelische Staatsarchiv für HistorikerInnen und JournalistInnen geöffnet wurde. Die israelischen Eliten hatten erkannt, dass zur Erreichung eines Friedens mit palästinensischen Volk auch historische Mythen zerschlagen werden mussten. Zu gravierend wick die nationale Geschichtsschreibung von den historischen Tatsachen und auch von der palästinensischen Sichtweise ab. Ein politischer Kompromiss schien nur möglich, wenn auch die Standpunkte, von denen man sich einander annäherte, zurechtgerückt würden.

Vor diesem Hintergrund ist das Buch „Die ersten Israelis“ von Tom Segev, das jetzt nach mehr als

zwanzig Jahren auch in deutscher Übersetzung vorliegt, zu lesen. Es handelt sich um eine historische Kritik eines jüdischen Autors an den Mythen der israelischen Geschichtsschreibung, zum Teil an fundamentalen Prinzipien des jüdischen Staates. Entscheidend ist die Intention: Segev will keine Schwächung Israels, sondern ein Ende der gewaltsamen Konflikte und ein friedliches Zusammenleben erreichen. Obwohl er sich auf die israelische Seite konzentriert, unterläuft Segev eine polarisierende Logik. Er benennt israelisches Unrecht als solches, doch weil er auch die Konflikte und Widersprüche der israelischen Gesellschaft bespricht, verkommt sein Werk nicht zur Anklage.

Segev schreibt dabei lebhaft und leicht verständlich. Der Text ist gespickt mit Zitaten in direkter Rede und kurzweiligen Auszügen aus Originaldokumenten. Auch für Laien sind die 360 Seiten mühelos zu bewältigen. Nur manchmal führt der Autor die ProtagonistInnen für unkundige LeserInnen etwas rasch ein. Schwere Empfehlung für alle, die sich über Hintergründe des Nahostkonfliktes kundig machen möchten. *phs*

Tom Segev

Die ersten Israelis

Die Anfänge des jüdischen Staates
Siedler Verlag, 2008

414 Seiten, Euro 24,95



Kathi Heinz / Marie Rott

Es frühlingt jetzt auch in Gumpendorf. Und also ist Elsa auch gleich wieder blind vor Liebe. Glaubt sie zumindest. Bis sich das angebetete Objekt erstmals schonungslos dem Tageslicht preisgibt. Uj, so genau hätt man's ja gar nicht wissen wollen, denkt sich die Elsa. Andererseits - Mai ist auch nur einmal im Jahr. Also Sonnenbrille auf, Augen zu und durch. Und also ist Elsa auch gleich wieder blind vor Liebe...

Brillen.manufaktur®

Nikolaus Hauser

Neubaugasse 18 1070 WIEN T/F +43 01 523 82 00



ServiceTel: (kostenlos)
0800/20 11 30
mail@oebv.com

www.oebv.com

Die ÖBV – Gelebte Solidargemeinschaft

Die ÖBV ist mehr als eine Versicherung. Sie ist eine Idee. Als **Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit** verwirklicht die Österreichische Beamtenversicherung die Idee der Solidargemeinschaft. Übrigens: Unsere Angebote richten sich nicht nur an Beamte, **bei uns ist jede und jeder willkommen!**



Mit der ÖBV durchs Leben

Best Man

Mathias Vogl, Sektionschef des Innenministeriums, greift auch inhaltlich gerne ein. Bei den Zogajs, oder bei Platters Intergrations-Roadshow.

TEXT: GERFRIED BALZER

Engagiertes Handeln ist Mathias Vogl nicht fremd. Wenn es in der Vergangenheit darum ging, seinen Chef zu unterstützen, konnte sich der Innenminister auf seinen Sektionschef verlassen. Etwa, um die vor einer möglichen Abschiebung stehende Familie Zogaj näher zu beleuchten. Am 7. Oktober 2007 gab Vogl auf einer Pressekonferenz des Innenministeriums zum Beispiel bekannt: „Teile der Familie sind mit dem Strafrecht in Berührung gekommen.“ Quelle dieser Informationen könnte das interne Polizei-Informationssystem EKIS gewesen sein. Das Komitee der jährlich vergebenen Big Brother Awards notiert auf seiner Site: „Zusammen mit einer entsprechenden Presseaussendung stellte auch Sektionschef Vogl sogar Bilder aus dem Ermittlungsakt ins Internet. Nach heftigen Protesten und einer Anzeige verschwand diese wieder.“ Vogl, als Sektionschef zuständig für Asyl und Betreuung, dementierte, der Öffentlichkeit bis dahin unbekannt Informationen weitergegeben zu haben. Dennoch wurde – aus dem eigenen Haus – Anzeige gegen ihn, BM Platter und weitere Kabinettsmitglieder erstattet. Martin Kreutner, Leiter des Büros für Interne Angelegenheiten (BIA), hegte Verdacht auf Geheimnisverrat und Amtsmissbrauch und leitete Ermittlungen ein. Über den Verlauf des Verfahrens war seither allerdings wenig zu hören, bis schließlich Ende Mai die Staatsanwaltschaft Wien überraschend verkündete, das Verfahren werde eingestellt. Brisant daran: eine persönliche Einvernahme der beschuldigten Beamten und Politiker fand nicht statt. Der Verdacht, dass die Familie Zogaj gezielt kriminalisiert werden sollte, bleibt.



Auf diesen Mann ist Verlass: Sektionschef Vogl
© BMI/Alexander Tuma

Mathias Vogl wurde indes, ungeachtet des Verfahrens, selbst als Mitglied einer Untersuchungskommission nominiert, um den schweren Anschuldigungen, die der ehemalige Direktor des Bundeskriminalamts, Herwig Haidinger gegen ÖVP-Granden wie BM Liese Prokop erhoben hatte, nachzugehen. Vogls Eignung als enger Mitarbeiter der wechselnden VP-InnenministerInnen wurde von mancher Seite kritisch hinterfragt.

Gut verankert

Mathias Vogl, 1964 in Innsbruck geboren, ist gut in der ÖVP verankert. Im Zusammenhang mit dem raschen Aufstieg besonders loy-

aler Gefolgsleute schrieb „Die Presse“ von der „Buberl-Partie“ Ernst Strassers: „junge, karrierebewusste Männer“, die mit dem damaligen Neo-Innenminister einen radikalen Klimawandel im bis dahin rot dominierten Haus eingeleitet hätten. Vom Gendarmeriedienst hatte Vogl schon 1989 ins Innenministerium gewechselt, studierte daneben Jus und arbeitete sich vom Referenten Strassers 2003 zum Leiter der Legistik-Abteilung und bis zum Sektionschef für die Rechtsabteilung hoch. Ende 2008 wurde mit der Pensionierung von Erik Buxbaum der Posten des Generaldirektors der österreichischen Polizei frei, Vogl kam trotz Ambitionen nicht zum Zug. Schon mehrmals hat Vogl die Grenzen der Neutralität, zu der er als Beamter verpflichtet ist, weit ausgedehnt. An die Eltern von Arigona Zogaj appellierte er, sie sollten sich im Kosovo „wieder eingliedern“ und ihrer „Verantwortung für die Kinder nachkommen“. Als BM Platter das Integrationsthema forcierte, spielte Vogl von Anfang an eine zentrale Rolle. Die Gründung des Österreichischen Integrationsfonds war seine Initiative, Vogl hält den Vorsitz des ÖIF-Kuratoriums. So rollt die Roadshow der Integration auch unter der neuen BMI Maria Fekter ungebremst weiter. Immer wieder agiert der Beamte wie ein Parteipolitiker. Als sich Strasser im November 2003 bei seinem Stab für den tollen Einsatz im Wahlkampf bedankte, mailte Vogl an den Minister: „mir ist es ein ganz großes Anliegen und eine tiefe Freude, das lob ganz zurückgeben zu können! für so einen chef wie dich lohnt es sich seit an seite mit dir durch alle himmel und höllen dieser zeit zu ziehen. da weiß man, was man hat und wofür es sich lohnt zu arbeiten.“ Etwas später wurde er Sektionschef.

Offener Brief an Innenministerin Maria Fekter

Frau Bundesministerin Maria Fekter
Bundesministerium für Inneres
Herrengasse 7
1010 Wien

Betreff: Teilnahme an Nationalem Aktionsplan Integration

Sehr geehrte Frau Bundesministerin Fekter!

Herzlichen Dank für die Einladung an einige NGOs, den "Nationalen Aktionsplan Integration" (NAPI) zu kommentieren bzw. an den Arbeitsgruppen teilzunehmen. Eine breite Diskussion über die Verfasstheit des Einwanderungslandes Österreich und seiner Zukunft sowie die Entwicklung einer integrativen Politik ist ein lange gehegter Wunsch vieler Einrichtungen aus dem Migrations-, Flüchtlings-, Menschenrechts- und Antirassismusbereich.

Leider müssen wir Ihnen mitteilen, dass eine Beteiligung der unterzeichnenden Organisationen an der Erarbeitung des NAP unter den gegebenen Umständen nicht möglich ist. Da wir grundsätzlich unsere Expertise in unterschiedlichen für Integration relevanten Bereichen sehr gerne einbringen würden, teilen wir Ihnen hiermit die Gründe dafür mit. Vielleicht sehen Sie eine Möglichkeit, sehr geehrte Frau Bundesministerin, die Voraussetzungen für unsere Teilnahme zu schaffen.

1) Inhaltliche Voraussetzungen

a) Ihrem Einführungspapier zum NAP liegt ein Integrationskonzept zugrunde, das erfolgreiche Integrationsbemühungen kaum erwarten lässt. Sie setzen zwar an konkreten Problemfeldern am Arbeitsmarkt sowie im Bildungs- und im Gesundheitsbereich an. Allerdings ist Ihr Blickwinkel ein rein defizitorientierter die Zielgruppe der ZuwanderInnen betreffend. Eine Gesamtstrategie, die auf Chancengleichheit für alle abzielt und die auch andere Bevölkerungsgruppen mit einbezieht und zu „Betroffenen“ macht, fehlt.

b) Außerdem beschränken sich die im NAP-Grundlagenpapier vorgeschlagenen Strategien zur Problemlösung vor allem auf Maßnahmen von (für Rahmenbedingungen) weitgehend unzuständigen Gebietskörperschaften. Ohne ein klares Bekenntnis des Bundes, alle notwendigen gesetzlichen Voraussetzungen zu schaffen und die erforderlichen Geldmittel bereit zu stellen, können wir uns in diesen Prozess nicht zielführend einbringen. Weder Länder und Gemeinden noch die Betroffenen selbst sind in der Lage, die angesprochenen Probleme alleine zu lösen.

2) Atmosphärische Voraussetzungen

Die Erfahrungen mit der Integrationsplattform haben gezeigt, dass die Beteiligung der NGOs bislang vor allem der Inszenierung breiter gesellschaftlicher Legitimation geschuldet war. Viele der beteiligten Organisationen haben ihre Enttäuschung darüber zum Ausdruck gebracht, dass ihre Vorschläge zwar angehört, aber nicht ernst genommen wurden. Dazu kommt, dass Sie, sehr geehrte Frau Bundesministerin, unlängst mit pauschalen und daher von niemandem widerlegbaren Vorwürfen gegenüber AsylberaterInnen das Verhältnis zu einigen NGOs nicht gerade verbessert haben.

Sollten Sie an unserer Mitarbeit ernsthaft interessiert sein, so ersuchen wir Sie höflich ein Prozessdesign zu erarbeiten, das die tatsächliche gemeinsame Erarbeitung eines Integrationsplans ermöglicht und Ihre positive Wertschätzung gegenüber der Arbeit und dem Know How der NGOs zum Ausdruck bringt. Als Aufputz für Presse-Präsentationen von Positionspapieren zu deren Inhalt wir nichts beitragen konnten, stehen wir nicht zur Verfügung.

3) Weitere Differenzen

Wir kommen nicht umhin darauf hinzuweisen, dass Ihr Grundlagenpapier weiteren, teils gravierenden Widerspruch hervorruft. Bei einem allfälligen Entgegenkommen Ihrerseits werden wir diese inhaltlichen Differenzen gerne verschriftlichen und einer systematischen Bearbeitung im Rahmen der Erarbeitung des Aktionsplanes zugänglich machen. Wir möchten noch einmal betonen, dass uns ernsthaft an einer Zusammenarbeit gelegen ist und verbleiben mit freundlichen Grüßen,

asylkoordination, Beratungszentrum für MigrantInnen, Ehe ohne Grenzen, Helping Hands, Helping Hands Graz, Initiative Minderheiten, Interkulturelles Zentrum, Migrare, M-Media, LEFÖ, Netzwerk SprachenRechte, Peregrina, Radio Afrika TV, SOS Mitmensch, Verein Projekt Integrationshaus, WIK-Vernetzungsbüro, ZARA – Zivilcourage und Anti-Rassismus-Arbeit.

SOS MITMENSCH

TEXT: PHILIPP SONDEREGGER

WAS WURDE EIGENTLICH AUS....

...Platters Integrationsplattform?

SOS Mitmensch hat einen offenen Brief an Innenministerin Maria Fekter initiiert, in dem rund ein Dutzend NGOs erklärt, warum sie unter den gegebenen Bedingungen der Einladung zum nationalen Aktionsplan Integration nicht folgen werden.

Im Juni 2008 verabschiedete sich Günther Platter (ÖVP) als Innenminister und wurde Landeshauptmann von Tirol. Das zehnte Seiten dicke Integrationskonzept, das Platter nach monatelangen Vorbereitungen

schließlich überhastet in den Ministerrat eingebracht hatte, wurde am Ende mangels Substanz schubladisiert. Nun lud seine Nachfolgerin erneut zur Ausarbeitung von Integrationsmaßnahmen, machte aber zu Beginn an klar, wie es laufen soll: Bessere Integration soll vor allem durch Anstrengungen von Ländern und Kommunen, sowie von den MigrantInnen selbst erfolgen. Wenig Erfolg versprechend auch der Fokus auf AusländerInnen. Gesellschaftliche Ausschlüsse be-

treffen nicht nur Aus- sondern auch InländerInnen, heißt es in dem Brief. Und nicht zuletzt fürchten die NGOs – auch im Hinblick auf die Erfahrungen mit Strassers Integrationsplattform, dass ihre Mitarbeit gar nicht ernsthaft gewünscht wird: „Als Aufputz für Presse-Präsentationen von Positionspapieren, zu deren Inhalt wir nichts beitragen konnten, stehen wir nicht zur Verfügung.“

WAS WURDE EIGENTLICH AUS....

...Elias Bierdel und Stefan Schmidt?

Bereits seit vier Jahren läuft der Prozess gegen den ehemaligen Leiter der Hilfsorganisation Cap Anamur, Elias Bierdel, und Kapitän Stefan Schmidt. Die italienische Staatsanwaltschaft hat beide wegen Schlepperei angeklagt, weil sie 37 schiffsbrüchige Flüchtlinge aus dem Mittelmeer gerettet hatten. Bei einem Info-Abend im Wiener Albert Schweitzer Haus informierte Bierdel über die Hintergründe seines Prozesses und über das Sterben im Mittelmeer. SOS Mitmensch wollte mit der Veranstaltung einen Beitrag dazu leisten, die europäische Öffentlichkeit

wachzurütteln. Immerhin konnten mit der Veranstaltung einige ausführliche Medienberichte initiiert werden, die den Fall einer interessierten Öffentlichkeit wieder ins Bewusstsein riefen. SOS Mitmensch ruft zur Solidarisierung mit Elias Bierdel und Stefan Schmidt auf und appelliert, das Sterben an den Rändern Europas zu be-



Elias Bierdel, Bild: Bernhard Kummer

den. Unter www.sosmitmensch.at kann man sich an einer Postkartenaktion an den italienischen Innenminister beteiligen.

Diskussion Ethnic Profiling

Im April diskutierte SOS-Vorsitzende Nadja Lorenz im Club 2 über Polizeigewalt. Nur gestreift wurde die Frage, ob ethnic profiling – polizeiliche Maßnahmen aus Anlass der Hautfarbe – notwendige Ermittlungstaktik oder schlicht rassistisch ist. In Kooperation mit ZARA und Südwind veranstalteten wir in der VHS Brigittenau dazu eine Podiums-Diskussion.

Verbot von Anti-Moschee Demo gefordert

Bereits bei der ersten Demo der Bürgerinitiative Dammstraße mischten sich 120 Rechtsextreme unter die TeilnehmerInnen – mit T-Shirt-Aufdrucken wie „Sturmwehr“ und „88“. Um Behörden und Medien zu Wachsamkeit zu veranlassen, wies SOS Mitmensch auf die Gefahr nationalsozialistischer Wiederbetätigung hin und forderte ein Verbot der Demo Mitte Mai.

Verhetzung: Voruntersuchungen gegen Steiner

SOS Mitmensch hat wegen der aus Kärnten „präventiv abgeschobenen“ Flüchtlinge Beschwerde beim UVS Kärnten eingelegt, zudem gegen den verstorbenen Jörg Haider und Flüchtlingsbeauftragten Gernot Steiner Anzeige wegen Verhetzung eingebracht. Das Verfahren gegen Haider wurde eingestellt, die Voruntersuchungen gegen Steiner laufen.



Gernot Steiner

ANDERE ÜBER ...

Patriarchat überwunden?

Die Quote ist kein Allheilmittel, meint Maria Rauch-Kallat. Aber mit ihr könne eine kritische Masse für Themen-Setting erreicht werden.

Das 21. Jahrhundert wurde in den letzten Jahren immer wieder das Jahrhundert der Frauen genannt. Und in der Tat sind in den letzten drei Jahrzehnten in vielen Demokratien bahnbrechende Gesetze zur Gleichstellung von Frauen auf den Weg gebracht worden.

Für viele junge Menschen scheint es heute unvorstellbar, dass bis zur großen Familienrechtsreform vor etwas mehr als dreißig Jahren in Österreich der Ehemann seine Zustimmung zu einer Berufstätigkeit seiner Ehefrau erteilen musste. Oder dass Mütter unehelich geborener Kinder nicht automatisch die Vormundschaft über ihre Kinder erhielten. Das Patriarchat hat in den Siebzigerjahren des 20. Jahrhunderts – zumindest rechtlich – in Österreich seine Grundlage verloren.

Vieles hat sich seither verändert. Frauen haben vor allem im Bildungsbereich mit einer unglaublichen Geschwindigkeit ihre männlichen Altersgenossen längst überholt. War der Zugang zu höheren Schulen und Universitäten noch vor 50 Jahren stark männlich dominiert, so gibt es an den österreichischen Universitäten (bis auf den technischen und naturwissenschaftlichen Bereich) mehr Frauen als Männer. Frauen erreichen ihren Studienabschluss mehrheitlich in kürzerer Zeit und mit besseren Ergebnissen. Nichtsdestotrotz findet das (noch) keinen Niederschlag in den wissenschaftlichen Karrieren. Forschung und Lehre an den Universitäten sind fest in männlicher Hand.

Im Wirtschaftsleben sieht die Entwicklung etwas besser aus. Die Berufstätigkeit der Frauen ist ständig im Steigen, wenngleich in mittleren und höheren Positionen nach wie vor weniger Frauen als Männer zu finden sind. Mit verantwortlich dafür sicher auch die immer noch nicht gerechte partnerschaftliche Teilung der Familienarbeit. Halbe/Halbe heißt in Österreich immer noch 80/20: 80 Prozent der unbezahlten Haus- und Familienarbeit wird von Frauen erbracht. Das führt – zwangsläufig – zu einer höheren Teilzeitquote bei Frauen, zu weniger Überstunden und geringeren Aufstiegschancen – und natürlich zu weniger Geld.

Die Lohnungleichheit zwischen Männern und Frauen resultiert aus all diesen Faktoren, aber nicht nur. Eine Studie an der Wirtschaftsuniversität Wien

hat ergeben, dass auch beim Wegfall familiärer Verpflichtungen Männer nach zehn Jahren Berufstätigkeit in der Regel mehr verdienen als vergleichbare weibliche Studienabsolventinnen.

In der Gesellschaft scheint die Gleichstellung von Frauen wohl am schnellsten vorangekommen zu sein – kaum ein Ort, der Frauen verschlossen bleibt. Sogar die Philharmoniker, die Rotarier, die Freimaurer und andere männliche Machtbastionen haben ihren Widerstand gelockert wenngleich noch nicht alle ganz aufgegeben. Haben wir also das Patriarchat überwunden?

Mitnichten. Immer noch gibt es Familien, in denen nicht Partnerschaftlichkeit das Zusammenleben bestimmt, sondern absolute Machtausübung des Mannes und Vaters über Frau und Kinder. Zwanzig Prozent aller Frauen sind zumindest einmal in ihrem Leben von physischer und psychischer Gewalt betroffen. Diese Gewalt ist männlich und findet sich in allen Gesellschaftsschichten. Nach wie vor gibt es Familien, in denen der Vater den Ehemann für die Tochter aussucht und Widerstand dagegen tödlich sein kann.

Und die Politik? Macht sie genug, um all die bestehenden Ungerechtigkeiten zu eliminieren? Vieles ist passiert, vor allem dank des couragierten und kämpferischen Einsatzes von Politikerinnen, aber noch viel mehr bleibt zu tun, wenn wir nicht noch 400 Jahre warten wollen, bis Gleichstellung tatsächlich gelebt wird.

Dazu braucht es aber mehr Frauen in politischen Entscheidungspositionen, die kritische Masse, die – zum Unterschied von Einzelkämpferinnen – auch in der Lage ist, die politische Agenda zu bestimmen, die darüber entscheiden können, welche Themen vordringlich zu behandeln sind, wie viel öffentliches Geld wofür ausgegeben wird. Diese kritische Masse werden wir – so schwer dies auch für manche zu begreifen ist – ohne Quote nicht erreichen. Die Quote ist kein Allheilmittel – aber sie wirkt, wie man in jenen Parteien sehen kann, die ihre Regelungen ernst nehmen.

Und dass wir – weltweit – dringend diese kritische Masse brauchen, zeigen Gesetze wie das soeben in Afghanistan verabschiedete. Das Patriarchat schlägt zurück, wenn die Frauen nicht wachsam bleiben!



Illustration: Petja Dimitrova

ZUR PERSON

Maria Rauch-Kallat

Maria Rauch-Kallat, geboren 1949, war von 1992–1995 Umweltministerin und von 2003–2007 Bundesministerin für Gesundheit und Frauen. Sie ist u.a. als Bundesleiterin der ÖVP-Frauen tätig. Ihr Vorschlag, die Bundeshymne symbolisch geschlechtsneutral zu formulieren, wurde allgemein als nicht prioritär beurteilt.

MO #14

MAGAZIN FÜR MENSCHENRECHTE

SOS
MITMENSCH



Magazin für Menschenrechte #2008, Herausgeberin: SOS Mitmensch, Postfach 220, A-1070 Wien, www.sosmitmensch.at

2€
KOLPORTRAGE DAVON 1 EURO FÜR

Patriarchale Verhältnisse

**WIR NENNEN ES
NORMAL**

■ Ja, ich will 4x jährlich MO lesen.

- StudentInnen | Selbstkostenabo **8,80 Euro**
- Normalabo **16 Euro**
- Förderabo **60 Euro** (mit dem Förderabo unterstützen Sie Verkaufsschulungen für unsere KolporteurInnen)

Name

Adresse

PLZ | Stadt

E-Mail abo@momagazin.at

Post SOS Mitmensch, Postfach 220, A-1070 Wien

SOS
MITMENSCH

**MO – Im entscheidenden Augenblick
das richtige tun!
Menschenrechte gehen uns alle an.**

COMBI-ABO

Wenn Sie MO AbonnentIn sind
können Sie THE VIENNA REVIEW zum Preis
von 15 Euro / Jahr abonnieren.

Ein Combi-Abo beider Medien kostet
22 Euro / Jahr.